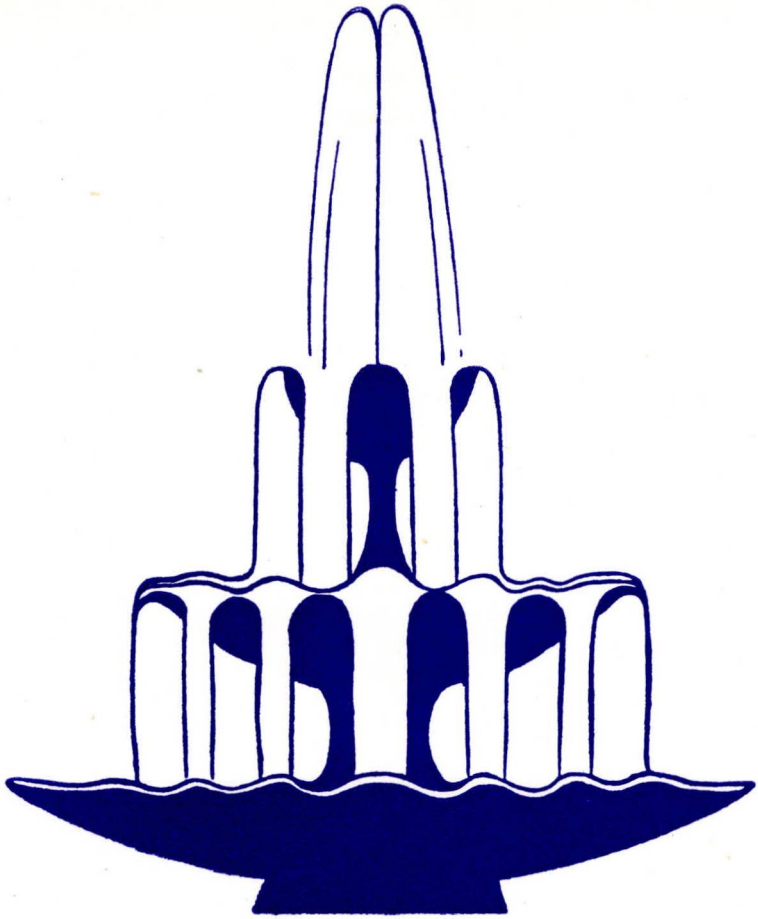

FRAGEN DER FREIHEIT

EINE SCHRIFTENREIHE

HEFT NUMMER 9 MAI 1959

Die Vernunft hat geleistet, was sie leisten kann, wenn sie das Gesetz findet und aufstellt; vollstrecken muß es der mutige Wille und das lebendige Gefühl. Wenn die Wahrheit im Streit mit Kräften den Sieg erhalten soll, so muß sie selbst erst zur K r a f t werden und zu ihrem Sachführer im Reich der Erscheinungen einen T r i e b aufstellen; denn Triebe sind die einzigen bewegenden Kräfte in der empfindenden Welt. Hat sie bis jetzt ihre siegende Kraft noch so wenig bewiesen, so liegt dies nicht an dem Verstande, der sie nicht zu entschleiern wußte, sondern an dem Herzen, das sich ihr verschloß, und an dem Triebe, der nicht für sie handelte.

Friedrich Schiller

FRAGEN DER FREIHEIT

EINE SCHRIFTENREIHE

HEFT 9

Mai 1959

Herausgegeben durch Lothar Vogel

Inhaltsübersicht

Seite

Konrad Hugin:
Tendenzen und Probleme der gegenwärtigen Geschichtsperiode 3

Eckhard Behrens:
Die freie Welt in der Sackgasse? Gedanken zum kalten Krieg 30

Diether Vogel:
Alexis de Tocqueville
Zu seinem 100. Todestag (16. April 1859) 48

Brief aus USA 51

Buchbesprechungen 52

Hinweise und Mitteilungen 54

Tendenzen und Probleme der gegenwärtigen Geschichtsepoche

„Wer nicht von 3000 Jahren
sich weiß Rechenschaft zu geben,
bleib' im Dunkel, unerfahren,
mag von Tag' zu Tage leben."
GOETHE

Wenn hier von „Geschichtsepoche" gesprochen wird, ist die Gedankenassoziation zu dem Begriff „Kulturkreis" naheliegend, wie er zuerst bei Karl Friedrich Vollgraff (1792—1863)[1]) und von diesem unabhängig in unserem Jahrhundert bei Oswald Spengler („Der Untergang des Abendlandes", 1922) und schließlich bei dessen Schüler Toynbee auftritt. Von diesen Historikern wird der Begriff „Kulturkreis" vorwiegend biologisch verstanden: Die Völker und ihre Kulturen gleichen hier wachsenden, blühenden und wieder dahinwelkenden Organismen, die den vegetativen Entwicklungs- und Alterungsgesetzen lebender Wesen unterworfen sind. Die Völker und die von ihnen entfalteten Kulturkreise durchlaufen ein Jugend-, Mannes- und Greisenalter, um dann zu sterben. Spengler z. B. denkt ganz darwinistisch. Das geschichtliche Leben betrachtet er als gnadenlosen Kampf, bedingt durch den unbändigen Willen zur Macht; der Mensch ist das gefährlichste der Raubtiere. — Der Zyklus von Werden und Vergehen ist das elementarste Gesetz des vegetativen Lebens und eine vorwiegend auf ihm basierende Geschichtsbetrachtung fördert denn auch nur eine Art ewige Wiederholung von ähnlichem zutage.

Versteht man Wissenschaft als Erkenntnismittel und das Erkannte als Maxime des Handelns, so hat, auch wenn man nicht

[1]) Professor für Staatsrecht und Politik in Marburg.

extrem pragmatisch orientiert ist, die Geschichtswissenschaft im wesentlichen den Sinn, der Politik die Theorie zu liefern.

Wenn hier nun der Begriff Geschichtsepoche oder Geschichtsperiode benutzt wird, so nicht im Sinne des Vollgraff-Spengler-Toynbee'schen, an den biologischen Prozessen abgelesenen „Kulturkreises", sondern als Projektion einer bestimmten menschlichen Bewußtseinsphase in die soziologische Gestaltung hinein.

In seinem geschichtsphilosophischen Werk „Ursprung und Gegenwart" (Deutsche Verlagsanstalt Stuttgart) beschreibt Jean Gebser solche menschheitsgeschichtlichen Bewußtseinsphasen und den gesetzmäßigen Prozeß ihrer Entwicklung. Er spricht da von einer magischen, von einer mythischen und von einer mentalen Bewußtseinsstufe, die die Menschheit in ihrer historischen Entwicklung durchschreitet.[2])

Der in einem geschichtlichen Zeitalter jeweils vorherrschende Bewußtseinsgrad wird zwar immer von einzelnen ganz eindeutig bestimmbaren Völkern entwickelt. Er ergreift aber dann rasch die übrigen zeitgenössischen Völkerschaften des gerade bekannten Erdkreises.

Kein Zeitalter demonstriert diesen Sachverhalt so augenfällig, wie das unsere; für frühere Geschichtsperioden lassen sich aber durchaus analoge Verhältnisse feststellen. Heute, wo dank des technisierten Verkehrs die Erde bis in die letzten Winkel erschlossen ist, breiten sich Bewußtsein, politische Gesellschaftsformen und Lebensart der gegenwärtigen Hegemonievölker, der Kelto-Germanen, blitzschnell bei allen Menschenrassen aus. In Neu-Seeland z. B. sitzen heute gewählte Vertreter des Maori-Volkes im Parlament, deren Großeltern noch Kannibalen waren, und in Afrika sehen wir bei den schwarzen Völkern moderne Demokratien wie Pilze aus der Erde wachsen. Ganz analog verlief auch die Entwicklung in der griechisch-römischen Epoche: Die keltischen Treverer an der Mosel

[2]) Siehe hierzu auch den Aufsatz des Verfassers in „Fragen der Freiheit" Nr. 3, Weihnachten 1957, „Bewußtseinsstufen des Menschen".

lebten in den gleichen Vorstellungen und politischen Verhältnissen, wie etwa die Syrer am Euphrat oder die Mauren in Nordafrika.

Die erwähnten Bewußtseinsphasen — die magische, mythische, mentale — folgen in ihrer geistesgeschichtlichen Entwicklung zeitlich aufeinander. Wollte man sie durch prägnante Metaphern charakterisieren, so könnte man die magische Stufe „Totem" und „Tabu", die mythische „Symbol" und „Glaube", die mentale „Denken" und „Synthese" nennen. Sie lassen sich eindeutig voneinander unterscheiden, gehen aber im Laufe der Jahrtausende fließend ineinander über und überschneiden sich zugleich, wobei jedoch für jedes Zeitalter jeweils eine die unbestreitbar typische ist.

Es ist nicht schwer, inmitten moderner Großstädte noch Restformen magischen Bewußtseins in mancherlei Gestalt anzutreffen und die Bewußtseinshaltung des „Glaubens" ist fast noch allgemein verbreitet, denn nicht nur die Vertreter der geoffenbarten Religionen sind in unserem Sinne Gläubige, sondern nicht minder die „aufgeklärten" Anbeter der mit Hypothesen ganz und gar durchsetzten Naturwissenschaften. Typisch ist z. B. der kritiklose Glaube weiter Kreise an die medizinische Wissenschaft oder an die Erzeugnisse der Pharmazie.

*

Welches ist nun für die gegenwärtige Kulturepoche das typische, das zeitgemäße Bewußtsein?

Unser Zeitalter wird oft das „faustische" genannt. — Diesem meist nur teilweise verstandenen schlagwortartig gebrauchten Bild liegt mehr Wahrheitsgehalt zugrunde, als diejenigen ahnen, die es benutzen. Unter dem faustischen Menschen stellt man sich zu Recht den typischen Vertreter unserer technischen Kultur vor, der um der Erkenntnis willen mutig die eigene Person einsetzt, wie die Raketen-Piloten, die es unternehmen, den Weltraum zu erforschen. Nicht minder groß ist der Mut, der von den Denkern aufgebracht wird, die, auf das Offenbarungswissen der Vergangenheit verzichtend, sich um die Erkenntnis der Existenz bemühen, ohne über eine gesicherte

Erkenntnismethode zu verfügen — nicht wissend, wohin das unbestimmte Streben führen wird. Es ist der Dr. Faust, der vor nichts in der Welt zurückschreckt, der es selbst wagt, sich dem Teufel zu verschreiben, der sein ganzes Sein aufs Spiel setzt, um zu erfahren, ob es den Bösen überhaupt gibt und wenn ja, wie er zu zähmen sei. Nur unter Einsatz seiner Existenz erlebt er die eigene Schöpferkraft.

Nur unter diesem Aspekt können Menschen beurteilt werden, die — vom Standpunkt der Verstandeslogik aus, unsinnigerweise — bereit sind, sich ins Weltall schießen zu lassen. Noch mehr gehören aber zu den faustischen Naturen Menschen, die etwa als Mediziner am eigenen Leibe lebensgefährliche Experimente vornehmen (Prof. Forßmann, Herzsonde), aber auch Politiker, die eine als richtig erkannte Idee verfechten, auch wenn die Mehrheit ihre Verwirklichung als unmöglich bezeichnet; die auf Amt und Würden und auf die Sicherung ihrer materiellen Existenz verzichten, wie es Otto Lautenbach, der Inaugurator der Aktionsgemeinschaft „Soziale Marktwirtschaft", getan hat. Diesem Mut, sich zu exponieren ohne gesichertes Wissen über Ziel und Weg, liegt in Wahrheit ein tiefes Vertrauen zur Wirklichkeit des Seins zu Grunde und das ist das Kennzeichnende für diese Haltung.

Auch seine innere, geistig-seelische Existenz setzt der faustische Mensch aufs Spiel, indem er weder die überlieferten Offenbarungen, noch das neu gewonnene Erfahrungswissen der Naturwissenschaft unbedingt anerkennt. Er ist allen Lehren religiöser oder wissenschaftlicher Herkunft gegenüber a priori skeptisch und nur bereit, auf sich selbst und seine eigene Urteilskraft zu bauen.

Indem er das tut, das heißt, indem er weder mehr dem „Dogma der Offenbarung" noch dem „Dogma der wissenschaftlichen Erfahrungen" vertraut, steht er schon im Begriff, sich dem Teufel zu entwinden, der entweder durch das geoffenbarte Gebot oder durch die naturgesetzliche Determiniertheit (oder durch beides) dem Menschen-Ich, der Individualität, ihre Autonomie streitig zu machen versucht. Dem Bildbewußtsein des mittelalterlichen Menschen erscheint des-

halb der Teufel in zweierlei Gestalt, nämlich als Lucifer („Dogma der Offenbarung") und als Satan („Dogma der Erfahrung"). In Goethes Mephisto vereinigen sich die Charakterzüge Beider und es überwiegt in ihm einmal das luciferische, das andere Mal das satanische Element. Dieser „Spottgeburt aus Dreck und Feuer" beginnt der „Zweifler" sich zu entziehen, indem er weder mehr der unbedingten Gültigkeit einer überlieferten Ethik vertraut, noch den naturwissenschaftlichen Forschungs-, d. h. aber Erfahrungsergebnissen endgültigen Erkenntniswert zuerkennt. Letzte Erkenntnis- und Entscheidungsinstanz ist für ihn nur die eigene Urteilsfähigkeit. — „Hier stehe Ich!" —

Wie eine Henne, der listigerweise Enteneier zum Ausbrüten unterschoben worden sind, angsterfüllt lockend am Ufer zurückbleiben muß, wenn ihre Brut sich in das unsichere Element begibt, in das sie nicht folgen kann, so muß Mephisto in der Sphäre des Subjektiven und Relativen zurückbleiben, als Faust es unternimmt, sich in den Bereich des autonomen Erkennens zu erheben. In diesem Gebiet des ich-haften Seins findet der Teufel keine Existenzbedingungen mehr; er ist in der Lage wie der Fisch, der nur im Element des Wassers, nicht aber auch in der Luft leben kann. Mephistos Daseinsgebiet ist die als Korrelat des Absoluten in die Erscheinung tretende nur subjektiv-relativ erlebbare zeit-räumliche Sphäre; zum Bereich des Absoluten selbst hat er keinen Zugang.

In Goethes Tragödie verlangt der Kaiser Helena und Paris vor sich zu sehen und Faust soll ihre Bilder zu sinnlicher Erscheinung bringen. Es sind die Zauberkünste des Mephistopheles, die uferlose Wünsche nach Erlebnissen im Sinnenbereich erwecken:

Faust: „Du hast, Geselle, nicht bedacht,
Wohin uns deine Künste führen;
. . . ."

Mephisto, d. h. das Bewußtseinskonglomerat aus Offenbarungsglauben und Erfahrungswissen, muß hier versagen:

Mephisto: „Du wähnst, es füge sich sogleich;

Hier stehen wir vor steilern Stufen,
Greifst in ein fremdestes Bereich,
....“

Die Sphäre, wo die Ur-Bilder der Erscheinungswelt zu finden sind, ist für Mephisto „fremdestes Bereich“.

Zwar reicht seine Klugheit aus, um vom Bereich des Absoluten zu wissen, so daß er Faust darüber orientieren kann:

Mephisto: „Ungern entdeck' ich höheres Geheimnis. —
Göttinen thronen hehr in Einsamkeit,
Um sie kein Ort, noch weniger eine Zeit;
Von ihnen sprechen ist Verlegenheit.
Die Mütter sind es!“

Jenseits von „Ort“ und von „Zeit“ wohnen die „Mütter“, nämlich in dem Bereich, von welchem Raum und Zeit nur Relationen sind, im Absoluten. Zum Vorstellen des Absoluten vermag sich aber das subjektiv-relative, kausal-analytisch funktionierende Bewußtsein, welches Mephisto repräsentiert, nicht aufzuschwingen:

Mephisto: „... Göttinnen, ungekannt,
Euch Sterblichen, von uns nicht gern genannt.
Nach ihrer Wohnung magst ins Tiefste Schürfen;
....“

Faust: „Wohin der Weg?“

Mephisto: „Kein Weg! Ins Unbetretene,
Nicht zu Betretende; ein Weg ans Unerbetene,
Nicht zu Erbittende. Bist du bereit? —
Nicht Schlösser sind, nicht Riegel wegzuschieben,
Von Einsamkeiten wirst umhergetrieben.
Hast du Begriff von Öd' und Einsamkeit?“

„Und hättest du den Ozean durchschwommen,
Das Grenzenlose dort geschaut,
So sähst du dort doch Well' auf Welle kommen,
Selbst wenn es dir vorm Untergange graut.
Du sähst doch etwas. Sähst wohl in der Grüne
Gestillter Meere streichende Delphine;

Sähst Wolken ziehen, Sonne, Mond und Sterne;
Nichts wirst du sehn in ewig leerer Ferne,
Den Schritt nicht hören, den du tust,
Nichts Festes finden, wo du ruhst."

Faust: „Nur immer zu! Wir wollen es ergründen,
In deinem Nichts hoff' ich das All zu finden."

Für das gegenständliche, allenfalls noch an Bildern aus dem sinnlichen Erlebnisbereich gewohnte Bewußtsein ist das Absolute das „Nichts". Gerade vermag Mephisto noch dem Faust den Schlüssel zu geben, mit dem er die Sphäre der „Mütter", den Bereich des Absoluten zu öffnen vermag.

Mephisto: „.....
Hier diesen Schlüssel nimm.
...."

„.....
Der Schlüssel wird die rechte Stelle wittern,
Folg ihm hinab, er führt dich zu den Müttern."

Der kausal-analytische, auf den Bereich des Relativen und Subjektiven beschränkte Verstand hat immerhin die Befähigung, das Absolute zu denken, nicht jedoch, es als Idee zu be-greifen, wie ihm denn die Ideenkapazität überhaupt mangelt. Erst die Vernunft vermag die vom analysierenden Verstand gegeneinander abgegrenzten Einzelerscheinungen und -Begriffe zusammenzuschauen und die alles Differenzierte umfassende Idee der Welt, das Absolute, zu fassen.

„Der Verstand schafft Gedankengebilde für die einzelnen Dinge der Wirklichkeit... Er entspricht seiner Aufgabe um so mehr, je genauer er dieselben umgrenzt, je schärfere Konturen er zieht." (Steiner) Das Wesen des Verstandes ist die Analyse, d. h. das Konstatieren und Registrieren der Einzelwahrnehmungen und der ihnen entsprechenden Begriffe. Begriffe sind aber auf dieser Erkenntnisebene auch „Synthese", „das Absolute", „das Sein", „Gott". — „Alle Begriffe, die der Verstand schafft: Ursache und Wirkung, Substanz und Eigenschaft, Leib und Seele, Idee und Wirklichkeit, Gott und Welt usw. sind nur da, um die einheitliche Wirklichkeit künstlich

auseinanderzuhalten; und die Vernunft hat, ohne den damit geschaffenen Inhalt zu verwischen, ohne die Klarheit des Verstandes mystisch zu verdunkeln, in der Vielfalt die innere Einheit aufzusuchen." (Steiner)

Was findet Faust bei den Müttern?

Mephisto: „Ein glühnder Dreifuß tut dir endlich kund,
Du seist im tiefsten, allertiefsten Grund.
Bei seinem Schein wirst du die Mütter sehn,
Die einen sitzen, andre stehn und gehn,
Wie's eben kommt. Gestaltung, Umgestaltung,
Des ewigen Sinnes ewige Unterhaltung,
Umschwebt von Bildern aller Kreatur.
Sie sehn dich nicht, denn Schemen sehn sie nur.
Da fass' ein Herz, denn die Gefahr ist groß,
Und gehe grad' auf jenen Dreifuß los,
Berühr' ihn mit dem Schlüssel!"

Für den analysierenden Verstand sind die „Universalien", die Ideen eben auch nur Ergebnisse der differenzierenden Denktätigkeit und der Bereich des „Dinges an sich", des wirklichen Wesens der Dinge, ist ihm unzugänglich. Dem Mephisto erscheint Fausts Gang zu den Müttern als gefährliches Unternehmen. Deshalb stellt er die mit einem Schuß Schadenfreude gewürzte Frage:

„Neugierig bin ich, ob er wiederkommt?"

Aber Faust besteht das „Abenteuer der Vernunft". (Goethe) Weil ihm die Existenz als ego-betontes Subjekt nicht in erster Linie wesentlich ist, sondern das Interesse an der Welt, besitzt er den Mut, nach sich selbst n i c h t zu fragen. „Man muß seine Existenz aufgeben, um zu existieren." (Goethe)

Faust gewinnt bei den „Müttern" den Dreifuß, das Prinzip der Trinität. Es ist dies das Gesetz der Polarität, die aus der Kraft der Spannung der Pole zueinander jeweils ein Drittes, Neues hervorzubringen vermag. Zugleich sind die Pole a priori Korrelate eines übergeordneten Absoluten, aus dem sie die Kraft ihrer Spannung erst ge-

winnen. Ja, sie sind wohl überhaupt nur fähig Neues, Junges hervorzubringen, weil sie ihre gemeinsame Kraftquelle im Absoluten haben. Jeder Spannungsausgleich zweier Pole, jede Synthese ist deshalb zugleich eine neue Verknüpfung des Relativen mit dem Absoluten, eine Kontaktnahme mit der universellen Schöpferkraft. Auch als Erkenntnismethode, in der Synthese zwischen Subjekt und Objekt, hat das trinitarische Prinzip die Wirkung, zugleich die Sphäre des Relativen mit der des Absoluten zu verbinden.

Das Wesen des „faustischen" Menschen so verstanden, berechtigt zweifellos dazu, unsere Zeit „faustisch" zu nennen. Es mag sein, daß sich die wagemutigen Aeronauten, die glauben, den Weltraum bereisen zu können, in den Klauen des Teufels befinden, aber es mehren sich auch die Zeichen dafür, daß sich Zeitgenossen anschicken, auch das „Abenteuer der Vernunft" zu bestehen. Sicher sind aber diejenigen bereits in den Fängen des Teufels, die in seine hämische Frage einstimmen:

„Neugierig bin ich, ob er wiederkommt?"

*

Das „Gesetz von Polarität und von Steigerung", wie es Goethe genannt hat, beginnt heute in der Arbeit vieler schöpferischer Persönlichkeiten sich zu bestätigen:

Albert Einstein hat den Begriff des Zeit-Raum-Kontinuums geschaffen. Die Zeit wird am Raum gemessen, der Raum an der Zeit. Die Phänomene Zeit und Raum verhalten sich wie ein Doppelgestirn, welches in einem gemeinsamen Gravitationsfeld kreist. Läßt sich dieses Bild nicht analog auf alle Polaritätsbeziehungen anwenden? Ja — jede echte Polarität ist ein „Kontinuum" im Sinne des Einsteinschen Begriffes, welcher Wahrnehmungsebene es immer angehört!

Angefangen bei der Polarität der positiven und negativen elektromagnetischen Ladung über

Proton und Elektron in der Atomphysik,

Säure und Base in der Chemie,
Kiesel und Kalk in der Mineralogie,

bestätigt sich dies Gesetz bis in die Wirtschaftswissenschaft hinein, wo die Ware am Geld, das Geld an der Ware (Index) gemessen wird — die exakte Analogie zum Zeit-Raum-Kontinuum —.

Aber auch im geistigen Bereich der Erkenntnistheorie gilt kein anderes, als das Gesetz von Polarität und Steigerung. Das Denken ist mir gegeben, wie irgendein Bestandteil der Objektwelt; zugleich ist es meine ureigene und darum subjektive Tätigkeit. „Wir werden (beim Erkennen, d. V.) mit diesem Prinzip (dem Erkenntnisobjekt, d. V.) eine Einheit; deshalb erscheint uns die Idee, die das objektivste ist, zugleich als das subjektivste." (Steiner)

Die große Aufgabe — und zugleich das bedrohliche Problem unserer Zeit — besteht also darin, mutvoll das Abenteuer der Vernunft zu bestehen, gleichsam, wie der Soldat an der Front, die Flucht nach vorne zu wagen.

Als Christoph Columbus 1492 auf seiner 600 Tonnen großen Nußschale die neue Hypothese von der Kugelgestalt der Erde erprobend, die sicheren Gestade der bis dato bekannten Welt hinter sich ließ, begann das „faustische Zeitalter". Gradweise, aber progressiv fortschreitend, verschreiben sich nun die Menschen des kelto-germanischen Kulturkreises der wissenschaftlichen Forschung und ihrem Ergebnis, der Technik. Das „Dogma der Offenbarung" der mittelalterlichen Religiosität wird abgelöst durch das „Dogma der Erfahrung", die als die materialistische Weltanschauung sich repräsentierende wissenschaftliche Forschung und deren technische Ergebnisse. Das Pendel der geschichtlichen Entwicklung ist nach der Seite des anderen Extrems ausgeschlagen; die Menschheit hat wieder nicht ihre Mitte gefunden, und sie empfindet die Technik als einen sie beherrschenden Dämon, als das mephistophelische Prinzip, welches sie vermittels ihrer eigenen Schöpferkraft ängstigt und drangsaliert, ja sie in ihrer physischen Existenz bedroht. Angesichts dieser gefahrvollen Situation bleibt ihr nur der Weg nach vorne: Der Gang zu den „Müttern". —

*

Nachdem wir versucht haben, die Bewußtseinssituation unserer gegenwärtigen keltisch-germanischen Kulturepoche zu klären, erhebt sich sofort die Frage:

Welches ist die geschichtliche Situation der Gegenwart; von welcher weltpolitischen Basis aus sind wir genötigt, unsere Rettung zu planen?

Auch hier müssen wir weiter ausholen und die Geschichte befragen, wollen wir Klarheit gewinnen: Das agnostische, subjektivistisch-relativistische, analysierende Verstandesbewußtsein der letzten Jahrhunderte, besonders aber der letzten Jahrzehnte, wollte in der Geschichte nur zufällig aufeinanderfolgende Geschehnisse erblicken, zwischen denen im einzelnen allenfalls noch gewisse kausale Beziehungen anerkannt werden können, niemals aber ein durchgängig wirksames Gesetz. So schreibt z. B. Otto Veit in „Soziologie der Freiheit" (Klostermann, Ffm. 1957): „Geschichtliche Ereignisse lassen sich nicht festhalten oder experimentartig wiederholen. Selbst wenn wir auf die Annahme nicht verzichten, daß das zeitlich flüchtige Geschehen einen überzeitlichen Sinn enthält, erscheinen unserem Erkenntnisvermögen alle Daten als einmalig, zufällig, chaotisch. Um in sie eine gesetzmäßige Ordnung zu bringen, müßten wir alle in Betracht kommenden Kausalströme kennen. Das ist generell niemals möglich." (S. 42 und 43) Das Gesetz in der Geschichte dieserart negieren, heißt aber zugleich das Gesetz des Menschenwesens und seiner Bewußtseinsmetamorphosen zum mindesten ignorieren, denn was könnte Geschichte als Wissenschaft anders sein, als das Konstatieren der in der natürlichen und kultürlichen Umwelt des Menschen eingeprägten Spuren seiner Entwicklung und das Aufzeigen der Gesetze dieser Entwicklung.

Wie sich im Verlauf der einzelnen Menschenleben deutlich gesetzmäßige Entwicklungsphasen biologischer Natur gegeneinander abgrenzen lassen: Zahnwechsel; physiologische Reife; Beendigung des Größenwachstums usw., so analog auch in der Entwicklung der verschiedenen Kulturkreise. Das kann hier nicht weiter ausgeführt werden. Wir wollen uns aber auf das Wort des Novalis als Hypothese

stützen: „An die Geschichte verweise ich euch; lernet den Zauberstab der Analogie gebrauchen."

Zum historischen Verständnis unserer Zeit müssen wir auf ein derartiges geschichtliches Analogiegesetz zurückgreifen:

Die einzelnen Kulturkreise sind jeweils bipolar struktuiert und zwar entwickelt sich jeweils im Osten (Ex oriente lux!) der „geistige", der kulturschöpferische Pol, im Westen der „Stoff-", der politisch stabile, der erdenfestere Pol.

Beispiele:

Im mesopotamisch-ägyptischen Kulturkreis ca. 2000 v. Chr. bis ca. 700 v. Chr. entwickeln sich im Osten die kulturell so dynamischen, aber politisch wenig dauerhaften Reiche der Chaldäer, Babylonier, Assyrer —, nicht zu vergessen das Volk Israel;

im Westen der stabile und langlebige Staat der Ägypter.

Im mittelländischen Kulturkreis, ca. 700 v. Chr. bis ca. 1400 n. Chr.: Im Osten das kulturschöpferische Volk par excellence, die Griechen, auf die ausnahmslos alle Zweige der gegenwärtigen abendländischen Kultur zurückgehen, die aber mit Ausnahme der 11 Jahre des Alexanderreiches nicht über die politischen Keimgebilde der partikularistischen Stadtstaaten hinauskommen;

im Westen dagegen das gewaltige, von der politischen Organisationskraft des kleinen Latinervolkes gestaltete Römische Reich, welches den ganzen damals bekannten Erdkreis durchzustrukturieren vermag und dessen Staatsidee noch heute nach 2½ Jahrtausenden nicht ganz erstorben ist.

Die gegenwärtige Kultur, ab ca. 1400 n. Chr., können wir, weil sie sich geographisch um den Atlantik gliedert, analog zur mittelländischen, die atlantische nennen. Sie wurde von den keltischen und germanischen Völkerschaften entwickelt. Auch hier ist mühelos das ost-westliche Polaritätsgesetz festzustellen:
Östlich das „Volk der Dichter und Denker", die Deutschen, deren politische, staatsorganisatorische Kraft aber nur schwach ist;

im Westen die eminent tüchtigen, mit einem ausgezeichneten politischen Instinkt begabten Angelsachsen, denen aber ihrerseits kulturell produktive Fähigkeiten stark mangeln.

Die verschiedenen großen Kulturen der Vergangenheit brachten es zu mehr oder weniger vollkommenen Synthesen ihrer beiden Pole, des geistig-kulturschöpferischen und des politisch-machtmäßigen:

Im mesopotamisch-ägyptischen Kulturkreis kam es nicht zu einer politischen Zusammenfassung von Dauer und doch fand auch hier eine Synthese von weltgeschichtlicher, besonders aber geistesgeschichtlicher Bedeutung zwischen Ost und West statt, nämlich durch die Israeliten. Dieses kleine Volk bereitete während zweier Jahrtausende Stufe um Stufe die Logos-Kultur vor, die von den Griechen aufgegriffen und von den Römern an die Kelto-Germanen weitergegeben, die Quintessenz des gegenwärtigen abendländischen Geisteslebens bildet. Die jüdische Kultur ging aus von der sumerischen Priesterstadt Ur in Chaldäa, der Heimat Abrahams. Von hier zog er aus und wanderte über Ägypten nach Palästina, um sich in diesem, dem Lande der göttlichen Verheißung — zwischen Mesopotamien und Ägypten — niederzulassen. Etwa 600 Jahre später gab Moses, wahrscheinlich Zeitgenosse des ersten Monotheisten Echnaton (Amenhotep IV, 1375 bis 1358 v. Chr.) und Eingeweihter der Tempelschule von Heliopolis, den Kindern Israels das Gesetz für ihr Gemeinschaftsleben als Volk, die 10 Gebote. Im Judentum kamen so die Kulturen des Zweistromlandes und des Niltales miteinander zur geistesgeschichtlichen Synthese.

Im mittelländischen Kulturkreis bildete sich aus seinem östlichen und westlichen Pol auch die staatliche Einheit in Gestalt des Römischen Reiches, wobei die Zweipoligkeit (Rom und Byzanz) auch politisch bis zuletzt wahrnehmbar bleibt. Die Römer bauten den politischen Organismus, den der Geist des Griechentums mit kulturellem Leben erfüllte.

Im nächstfolgenden, dem „atlantischen" Kulturkreis, dem wir angehören und dessen Träger die keltisch-germanischen Völker sind,

steht die Synthese zwischen dem östlichen kulturschöpferischen Pol, den Deutschen, und dem westlichen erdentüchtigen, den Angelsachsen, noch in den ersten Anfängen; sie ist noch mehr ungelöste Aufgabe, denn schon Wirklichkeit.

Die geschichtlichen Entwicklungen, die sich in der mesopotamisch-ägyptischen Kultur noch mit einer gewissen instinkthaften Sicherheit vollzogen, werden seit der Zeit der Griechen mehr und mehr bestimmt von den mehr oder weniger einsichtsvollen individuellen Entscheidungen der Politiker.

Die Römer zeigten sich unfähig, ihre soziale Frage zu lösen und die römische Geschichte ist eine nicht abreißende Kette sozialer Krisen und Kämpfe. Das private Bodeneigentum in Verbindung mit dem fortschreitenden Stagnieren des multilateralen wirtschaftlichen Tauschverkehrs, führte zum Latifundienunwesen und die durch Jahrhunderte ununterbrochen bestehende passive Handelsbilanz gegenüber dem Orient beraubte den riesenhaften Wirtschaftskörper der Zirkulationsmittel und die den Wohlstand bedingende Arbeitsteilung kam fast zum Erliegen. Mit dem Ende des III. Jahrhunderts fiel das römische Reich auf die Stufe des primitiven Naturaltauschs zurück. Kulturell und politisch setzten sich weitgehend uralte orientalisch-theokratische Lebensformen durch. Der Feudalismus des Mittelalters war geboren. So starb Rom als sozialer Körper eines vorzeitigen Todes, während der römische Geist sich noch durch über tausend Jahre hin äußerst lebendig zeigte und sich in der Kirche einen Ersatzkörper, die civitas dei (Augustinus) als exaktes Spiegelbild des römischen Staates, schuf.

Hier beginnt die Tragik des Kelto-Germanentums, an dem es bis heute leidet:

Viel zu früh, auf einer noch zu kindhaften Stufe ihrer Entwicklung, gerieten die jungen keltisch-germanischen Völker unter den Einfluß des schon arg dekadent gewordenen Römertums. Von dem aggressiven asiatischen Nomadenvolk der Hunnen, aus ihren Sitzen westlich der Wolga vertrieben, wurden die ostgermanischen Goten,

Burgunder, Vandalen und die westgermanischen Franken und Alemannen nach Westen gedrängt und gegen die Grenzen des römischen Reiches in Bewegung gesetzt. Ganze ostgermanische Völkerschaften wurden vielfach anstelle des zerfallenen römischen Militärwesens, gegen Belehnung mit Land, mitsamt ihren Königen als Heerführern (Alarich, Theoderich, Stilicho), zum römischen Heeresdienst verpflichtet. Das Eigenwesen dieser jugendlichen Völkerschaften war noch so weich und bildsam, daß sie stark vom römischen Geist, besonders auch vom römischen Staatsdenken geprägt werden konnten. Die Franken z. B. nahmen das römische Wesen so konsequent auf, daß sie in der weiteren Geschichte geradezu als die Fortsetzer des Römertums wirken. Karl der Große hatte das Ideal, in seinem Reich die civitas dei zu verwirklichen.

Die große Bildsamkeit junger Völker dokumentiert die merkwürdige Tatsache, daß die Bewohner des sogenannten Zehntlandes (Decumatland) zwischen Rhein und Regensburg, welches nur ca. 200 Jahre (von 80 bis 280) unter römischer Verwaltung stand, sich der Reformation weniger zugänglich zeigten und heute noch mehr dem Katholizismus zuneigen, als die Menschen nordöstlich des Limes, also auf der germanischen Seite. So nachhaltig hat sich das römische Wesen dem Volkscharakter eingeprägt, daß die Wirkung heute, nach 1700 Jahren, noch deutlich wahrnehmbar ist.

Durch Karl den Großen wurde die Tradition des imperium romanum wieder aufgegriffen und pflanzte sich aus der gewaltigen Kraft seiner Idee heraus, durch das ganze Mittelalter hindurch, in der Gestalt des Heiligen Römischen Reiches deutscher Nation fort, wobei das Gewicht durchaus auf dem Wort „Römisch" liegt. Bis zu Karl V. (1519 bis 1558) hielt die zentralistische Kraft der römischen Staatsidee die völkerindividualistischen Tendenzen des Kelto-Germanentums — dessen wesenhaftes politisches Ordnungsprinzip der Föderalismus ist — noch durchaus im Schach. Ja, das römische Prinzip gewann sogar von den Ottonen über die Staufer bis zu den Habsburgern sowohl politisch als religiös noch an Gewicht und erreichte seinen Höhepunkt in der Reception des römischen Rechts durch

Maximilian (1486 bis 1519). Damit stülpte sich das römische Bewußtseins- und Rechtsprinzip gleichsam von oben her über die junge kelto-germanische Welt, aber in seiner dekadenten Altersform, mit seiner wirtschaftlichen Krisenhaftigkeit, dem feudalistischen Bodenbesitzrecht, der von zahllosen Standesprivilegien ausgehöhlten autoritären Staatsform und dem doktrinären, auf dem „Dogma der Offenbarung" basierenden Geistesleben. Die übernommenen spätantiken Rechtsnormen hielten vorerst die jungen Völker Europas wie in einem Gefängnis und ließen sie nicht zur politischen und kulturellen Entfaltung ihres eigenen Wesens kommen. Andererseits war aber die pax romana nicht mehr kräftig genug, sich auch de facto zu behaupten und es begannen — schon mit dem Franken Chlodwig — ungezügelter Volksegoismus und Fürstenabsolutismus im Inneren des morschen Reiches eine Art atomistischen Zustand zu erzeugen.

Ein weiteres weltgeschichtliches Faktum trieb das Verhängnis der politischen Verhältnisse Mitteleuropas nach und nach in das Dilemma des schier unlösbar scheinenden Deutschland-Problems hinein:

Die Woge der germanischen Expansion, die von der Völkerwanderung ausgegangen war, brach sich schließlich an der Welle des ebenfalls expansiven islamitischen Arabertums und wurde in nordöstlicher Richtung umgelenkt nach dem ostelbischen Raum, der aber inzwischen von dem jüngsten Sproß der indogermanischen Völkerfamilie, den Slaven, nicht erobert, sondern erwandert worden war. (Tours und Poitiers 732; Kreuzzüge 1096 bis 1270.) Hermann von Salza (1210 bis 1239, Hochmeister des Deutschen Ritterordens), Freund und Kanzler des großen Staufers Friedrich II. (1196 bis 1250), faßte die von den Arabern aus dem vorderen Orient verdrängten geistlichen Ritter im Deutschen Ritterorden zusammen und lenkte sie nach dem Nordosten Europas, mit dem Ergebnis der allmählichen Christianisierung und Germanisierung der dort wohnenden Völker. Ihr Nationalbewußtsein war im Vergleich mit dem der mitteleuropäischen Stämme noch schwach entwickelt und sie nahmen von den Deutschrittern unvermerkt den römisch-zentralistischen Staatsgedanken,

verbunden mit der straff organisierenden arabistischen Verwaltungstechnik, die Hermann von Salza in dem sarazenisch-normannischen Staat Friedrichs des II. in Sizilien kennengelernt hatte. Daraus entwickelte sich dann der preußische Staat der Hohenzollern. Auch in dem sich südlich daran anschließenden Habsburgerreich überwogen die slavischen Volkselemente.

So verlagerten sich in den beiden miteinander rivalisierenden Nachfolgestaaten des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation, sowohl im Habsburger als auch im jüngeren Hohenzollernreich, die Zentralpunkte des staatlichen Bildungsprozesses mehr oder weniger in den kolonialen Teil Mitteleuropas.

Seit dem Ende des „Reiches" gehörte die Wiedervereinigung zu den hauptsächlichsten deutschen Problemen. Vergeblich versuchte die Gesamtdeutsche Nationalversammlung in der Paulskirche zu Frankfurt 1848/49 auf demokratische Weise die Einheit mit dem Schwerpunkt in den deutschen Kernländern zustande zu bringen. Der in Deutschland immer noch nicht überwundene Fürstenabsolutismus, die Hausmachtpolitik der Hohenzollern und Habsburger und die Rivalität dieser beiden Häuser untereinander, waren zu starke Hinderungsfaktoren. Außerdem verfügte das Gros der Frankfurter Abgeordneten keineswegs schon über eine praktikable liberale Staatskonzeption. Liberale und nationalistische Tendenzen störten sich gegenseitig in verhängnisvoller Weise. Der schlimmste Hemmschuh aber war wohl die geistige und politische Indifferenz der deutschen Menschen im allgemeinen, die infolge der zu langen Gewöhnung an römisches Staatsdenken noch kein Bewußtsein von der ihnen wesensgemäßen Gesellschaftsstruktur erlangt hatten. Die im Juni 1849 schließlich nach Stuttgart geflohene Nationalversammlung lief unter dem Druck der sich wieder fest im Sattel fühlenden Fürsten auseinander und das ausharrende Rumpfparlament wurde von der Regierung des Königs von Württemberg am 18. Juni 1849 auseinandergetrieben.

Diese erfolglose Revolution von 1848 bildet in Wahrheit die tragische Peripetie der deutschen Geschichte. Seit diesem Zeitpunkt

verfügte das deutsche Volk eigentlich nie mehr über die Kompetenz, politisch frei über sich zu entscheiden und die Zeit vom 18. Juni 1849 bis zum 8. Mai 1945 bildete eine geradezu lückenlose Kausalkette: Bismarck verstand es nicht, seiner Gründung eine weiterwirkende Idee einzupflanzen. Am 9. November 1918 lösten die Sieger des ersten Weltkrieges die Hohenzollern und Habsburger in der Herrschaft über Mitteleuropa ab. 1925 hatte es zwar einen kurzen Augenblick den Anschein, als hätte die Politik Gustav Stresemanns (Locarnopakt) für die Weimarer Republik die politische Handlungsfreiheit erkämpft. Der frühe Tod dieses Staatsmannes beendete jedoch die hoffnungsvolle Aera seiner Kanzlerschaft, ohne das fortschreitende Verhängnis des deutschen Schicksals gewendet zu haben.

Dann kam Hitler und sein Krieg, und als seine Erbschaft die Zweiteilung Deutschlands, gleichsam als Projektion der globalen ideologischen und machtpolitischen Spaltung der Menschheit. So können die gegenwärtigen deutschen Verhältnisse als symbolhaft für die gesamtmenschheitliche Bewußtseinslage angeschaut werden:

Soll der selbstverantwortlichen freien Persönlichkeit oder dem, von Autokraten vermittels staatlicher Macht dirigierten, unpersönlichen Kollektivmenschen, die Zukunft gehören? —

Dies ist die Entscheidung, um die heute gerungen wird, wobei die Kampffront nicht nur entlang dem Eisernen Vorhang mitten durch Deutschland verläuft, sondern sie geht unsichtbar mitten durch alle Völker der Erde hindurch. Es gibt auch im Osten (wie der 17. Juni, Polen und Ungarn beweisen) individualistisch-freiheitliche und im Westen — in gar nicht geringer Zahl — kollektivistisch-freiheitsfeindliche Menschen. — Die politisch-geographische Zweiteilung Deutschlands läßt die bewußtseinsmäßige Zweiteilung der ganzen Menschheit, sinnlich wahrnehmbar, sichtbar werden und macht diese zum realpolitischen Problem der Gegenwart Nr. 1: Entscheidung für das Prinzip der Freiheit oder für den Kollektivismus fordernd. Das bedeutet aber auch für uns Deutsche, daß diese Entscheidung speziell von uns, gleichsam beispielhaft, zu leisten ist durch die

politische Lösung des Freiheitsproblems in Gestalt einer funktionsfähigen freiheitlichen Ordnung von Kultur, Staat und Wirtschaft.

Die Problematik — um nicht zu sagen Tragik — der deutschen Geschichte beruht in einer gewissen Unzeitgemäßheit ihrer verschiedenen Entwicklungsphasen:

Zu früh kamen die Kelto-Germanen Mitteleuropas — in ihrem noch bildsamen Jugendstadium — unter den Einfluß der griechisch-römischen Kultur und nahmen von deren Geistigkeit zu viel, besonders das römische Staats- und Rechtsdenken auf. Deshalb entwickelten sie als letztes der westlichen Völker — eigentlich erst nach 1949 — eine arbeitsfähige Demokratie (Frankreich tut sich übrigens mit der Demokratie ähnlich schwer), während gerade diejenigen der keltisch-germanischen Völker, die niemals unter römischer Herrschaft standen, wie die Angelsachsen und die Normannen, die moderne Demokratie gerade entwickelt haben. (Magna charta libertatum 1215; die Verfassung der Vereinigten Staaten von Amerika 1777.) Auch die Schweizer dürfen hier unter den Baumeistern der Demokratie genannt werden. Indem sie im sogenannten Schwabenkrieg 1499 das von Maximilian im Reich eingeführte römische Staatsrecht mit Erfolg abgewehrt hatten, ist es ihnen gelungen, die den Kelto-Germanen von Anfang an eigene Gemeinschaftsform der Eidgenossenschaft ohne wesenhaften Bruch bis in die Gegenwart lebensfähig zu erhalten. —

Bevor die deutschen Völker sich dem römischen Wesen und vor allem dem römischen Staatsprinzip entrangen und ihre autochthone demokratische Lebensform entwickeln konnten, gewann — nun wiederum verfrüht — das noch nicht zum Individualerlebnis herangereifte und deshalb noch mehr dem Kollektivismus zuneigende junge Slaventum in Deutschland staatsbildende Bedeutung. Daraus erklärt sich die Anfälligkeit, besser gesagt Ahnungslosigkeit der Deutschen gegenüber dem zentralistischen und kollektivistischen Nationalsozialismus, der ein Bastardgebilde aus römischem Staatsdenken und östlichem Kollektivgefühl war. Die Deutschen waren —

bedingt durch ihre sowohl geschichtliche wie geographische Zwischenstellung, zu dem ihnen gemäßen demokratischen Gemeinschaftserleben noch nicht gekommen. Dieser historische Sachverhalt sollte nüchtern und ohne Ressentiment nach irgendeiner Seite als Ausgangsbasis der künftigen politischen Entscheidungen in Mitteleuropa genommen werden.

In zweifacher Hinsicht haben also die mitteleuropäischen Völker in ihrer Geschichte gleichsam eine Brückenfunktion zu erfüllen:

Einmal in ihrer Jugend, leidend und duldend, beim Übergang von der griechisch-römischen Kultur zur Welthegemonie der Angelsachsen;

das zweitemal — als noch zu erfüllende Aufgabe — vom heute kulturbestimmenden Kelto-Germanentum zum Slaventum.

Zwar ist auch unser Verhältnis zum jungen Slaventum schon reichlich mit Tragik belastet. Trotzdem haben wir zur Erfüllung dieser zweiten weltgeschichtlichen Aufgabe heute noch die Entscheidungsfreiheit.

Die Alternative, vor der wir stehen, lautet:

Wollen wir den aus dem Osten heranbrandenden Kollektivismus passiv über uns ergehen lassen oder wollen wir die der modernen Persönlichkeitsentwicklung gemäße und unserem eigenen Bewußtsein und Lebensbedürfnis entsprechende freiheitliche Sozialordnung in möglichster Integrität entwickeln, um sie, wenn die Zeit dazu reif ist, an die jungen slavischen Völker weiterzugeben?

Die Kapitulation vor dem kollektivistisch-zentralistischen Bolschewismus [der sich durch westliche Schuld (Lenin und Ludendorff) der slavischen Völker bemächtigt hat] wäre, um des physischen Überlebens willen, zweifellos die weniger riskante Alternative; sie bedeutete aber von vornherein den endgültigen Verzicht auf die von uns erstrebte individualistisch-freiheitliche Lebensform, ja auf die weitere geschichtliche Existenz des deutschen Volkes — und wahrscheinlich noch vieler anderer. Man tröste sich nicht mit Schiller: „Der Mensch ist frei und wär' er in Ketten geboren!" Gerade

unsere eigenen geschichtlichen Erfahrungen, wie sie weiter oben versucht wurden zu skizzieren, sollten uns eines anderen belehren. Der Freiheitskeim verkümmert und erstirbt, wenn er zu lange geknebelt wird.

Für diejenigen, denen nur das Leben in Freiheit und Selbstbestimmung überhaupt lebenswert erscheinen kann, bleibt also nur die zweite Alternative, nämlich, so lange die Möglichkeit dazu noch besteht, mit allen Kräften und unermüdlich an der Entwicklung der integralen freiheitlichen Ordnung von Kultur, Staat und Wirtschaft zu arbeiten. Dazu bieten die demokratischen Verfassungen, besonders die der Bundesrepublik, alle nur wünschbaren Möglichkeiten, denn der Begriff „Menschenwürde" — dessen Inhalt die Freiheit ist — ist integraler Bestandteil des Begriffes „Demokratie". Die „Würde", wie Prof. H. C. Nipperdey in dem Sammelwerk „Die Grundrechte" (Duncker und Humblot, Berlin) nachweist, ist „überpositives", „vorverfassungsmäßiges" Recht und deshalb, wo sie angetastet wird, vor dem Verfassungsgericht einklagbar.

Zur vollen Entwicklung einer funktionsfähigen freiheitlichen Ordnung — denn in wesentlichen Anfängen besteht sie schon — bedürfen wir noch einer gewissen Frist der „Koexistenz" mit dem unter bolschewistischer Herrschaft doppelt aggressiven Slaventum. Gewiß! — angesichts der atomaren Bedrohung kein sanftes Ruhekissen, eine Situation, die auch nicht für unbestimmte Zeit durchgehalten werden kann. —

Es besteht aber kein Zweifel daran, daß die mit Konsequenz durchgeführte freiheitliche Ordnung, die sich schon in ihrer jetzigen sehr fragmentarischen Gestalt dem östlichen Zentralplansystem gegenüber wesentlich überlegen zeigt, den augenscheinlichen und unbestreitbaren politischen Beweis für diese menschengemäßere und menschenwürdigere Sozialordnung erbringen würde. Um dem Westen die Stange zu halten oder ihn gar zu überholen, ist der Osten genötigt — und das geschieht bereits in ausgedehntem Maße — immer mehr Menschen in technisch qualifizierten Berufen, also intellektuell auszubilden. Die Intelligenzkräfte, einmal geweckt, entwickeln

sich aber selbständig weiter und erzeugen schließlich in den Menschen das Bedürfnis und die Sehnsucht nach individuellem, selbstverantwortlichem Leben, so daß, durch das mitteleuropäische Beispiel angeregt, das Zentralplansystem schließlich organisch in die individualistische Ordnung umgewandelt werden kann. Wie gesagt, dazu ist jedoch nötig, den Keim der freiheitlichen Ordnung von den mannigfachen kollektivistischen Hemmungen — Protektionismus, Subventionismus, Dirigismus usw. usw. — zu befreien, so daß die enorme produktive Kraft der freien Individualität im Kulturellen und Wirtschaftlichen überzeugend sichtbar werden kann.

Die Chance für diese Entwicklung verschwände jedoch mit der Kapitulation vor der bolschewistischen Bedrohung, denn dem Osten fehlte dann das überzeugende Beispiel und die Menschheit verfiele schließlich, wie unter dem späten, dekadent gewordenen Rom, in eine vielhundertjährige Stagnation.

Für Mitteleuropa besteht der einzig gangbare politische Ausweg aus dem durch zahllose Fehler und Versäumnisse der Vergangenheit entstandenen realpolitischen Dilemma, sowohl im Interesse des eigenen menschenwürdigen Lebens als auch aller freiheitlichen Menschen, in der unermüdlichen Bemühung um die Gestaltung einer funktionsfähigen freiheitlichen Ordnung. Ja, angesichts der Krisenhaftigkeit der totalen Demokratie warten die Völker geradezu auf dieses Beispiel. Außerdem steht uns, die wir noch westlich des Eisernen Vorhangs leben dürfen, für diese Politik der innenpolitischen Evolution und Integration, die uneingeschränkte demokratische Souveränität zur Verfügung. Schon das kleine Beispiel der relativ erfolgreichen Sozialen Marktwirtschaft hat in der Welt ein großes Vertrauen in uns geweckt. Unsere weltpolitische Chance besteht deshalb zweifellos in der Entwicklung der voll und umfassend funktionierenden freiheitlichen Ordnung. Unsere außenpolitische Aufgabe liegt somit auf innenpolitischem Gebiet. Für eine direkte Außenpolitik fehlen uns außerdem sämtliche machtpolitischen Voraussetzungen. Alle diesbezüglichen Erwägungen bei uns hören sich deshalb an wie der Streit um des Kaisers Bart.

Ein weiterer wesentlicher Aspekt ergibt sich aus der erwähnten Politik der inneren Integration:

Für die dem Kollektivismus gegenüber aber noch nicht ganz immunen sogenannten „Entwicklungsländer" ist die freiheitliche Ordnung jetzt geradezu eine Lebensnotwendigkeit, sollen sie nicht doch noch dem Bolschewismus zum Opfer fallen, wovor sie die überkommene totale Demokratie wegen ihrer Krisenhaftigkeit nie und nimmer wird bewahren können. Völker mit noch mehr kindhaftem Bewußtsein, deren Angehörige noch mehr gruppenseelenhaft erleben, geraten, wie sich bei den jetzt selbständig gemachten früheren Kolonialvölkern zeigt, automatisch auf den Weg der totalen Demokratie, d. h. in den sozialistischen Trend, der mit Sicherheit nirgendwo anders enden kann, als in Moskau. Gerade für diese Völker ist die funktionsfähige freiheitliche Ordnung, bei der die Kultur und die Wirtschaft dem Kompetenzbereich des demokratischen Mehrheitsentscheids entzogen und nach der politischen Demokratie systemgerechten eigenen Maximen gesteuert werden, wie z. B. die Wirtschaft durch das permanente Plebiszit vermittels der nachfragehaltenden Geldzeichen. Die Entwicklung dieser freiheitlichen Ordnung von Kultur, Staat und Wirtschaft [3]) ist also die einzige Möglichkeit einer freiheitlichen deutschen Politik und zugleich die weltpolitische Notwendigkeit unserer Zeit. Wie schon gesagt, bedarf eine deutsche Politik im Dienste dieser Möglichkeit und Notwendigkeit keiner Macht im weltpolitischen Sinne. Obgleich die Welt durch eine tiefe Kluft in zwei gegnerische Hälften geteilt ist, kann von ihrem westlichen Rand her, auf dem wir uns befinden, diese Politik des Brückenschlagens von der jetzt kulturbestimmenden keltogermanischen Welt zu den jungen slavischen Völkern hin, in Angriff genommen werden, wie sie aus ihrer historischen und aus ihrer geographischen Position heraus offenbar die Aufgabe der Deutschen ist.

Wenn auch dieser Brückenbau aus unserer gegenwärtigen weltpolitischen Situation heraus auf der westlichen Seite der Welt be-

[3]) Über die Funktionsfähige Freiheitliche Ordnung von Kultur, Staat und Wirtschaft im Einzelnen handelt diese Schriftenreihe laufend.

ginnen muß, ist diese Politik doch im wahrsten Sinne eine Politik der Mitte. Nicht im Sinne eines abstrakt-statischen zwischen den Gegensätzen Stehens, sondern einer dynamischen Evolution von einer Entwicklungsphase zu einer nächsten, hier, von der gegenwärtigen Kulturhegemonie des Kelto-Germanentums hinüber zu den jüngeren Slaven, denen genügend Zeit gelassen werden muß, um zum Individualbewußtsein und der ihnen eigenen kulturschöpferischen Kraft zu reifen.

Es wird vielfach die Ansicht vertreten, die geistige Freiheit des Westens ließe sich von der Mitte her einfach verbinden mit dem Sozialismus des Ostens und darin bestehe die uns Deutschen aufgegebene Lösung der sozialen Frage. Daß diese eine schwere Täuschung ist, weist Friedrich Salzmann in seinem Vortrag „Unsere Zukunft zwischen Ost und West“ [4]) nach, indem er sagt: „Die Wesenssubstanz der beiden Richtungen ist so verschieden, daß sie weder auf innenpolitischem und noch viel weniger auf internationalem Gebiete eine Synthese ergeben und eine ‚Brücke‘ darstellen können, sondern lediglich ein an allen Ecken und Enden brüchiges mixtum compositum.“

„So war es tatsächlich mit den bisherigen Experimenten. Aber das sagt nichts gegen Synthese, nichts gegen den Versuch, den Liberalismus als Idee der Freiheit und Menschenwürde zu verbinden mit dem Sozialismus als Idee der Brüderlichkeit und der wirtschaftlichen Gerechtigkeit.“

„Warum sind die bisherigen Versuche gescheitert?“

„Weil man glaubte, man brauche nicht auf die guten und richtigen Ideen zurückzugreifen, sondern man könne die Synthese dadurch herstellen, daß man zwischen dem entarteten Liberalismus — nämlich dem Kapitalismus — und dem entarteten Sozialismus — nämlich der dirigistischen Wirtschaft — eine Notbrücke aus Bürokraten und Subventionen baut.“

[4]) Zu beziehen durch Alois Dorfner, Linz/Donau, Wallseerstr. 45.

„Das aber ist eben keine Synthese, sondern ein fauler Kompromiß und sein Ergebnis ist nicht die Lösung der sozialen Frage, sondern verstaatlichter Kapitalismus — 100prozentig im Osten, 50- oder 60prozentig schon im Westen. Der neue Weg ist ein Weg in Freiheit: Durch die Mittel der modernen Konjunkturpolitik, die auf direkte Eingriffe in die Wirtschaft verzichten kann, wird dauernde Vollbeschäftigung gewährleistet und die noch verbleibenden Staatsinterventionen sind nicht dazu da, die Freiheit einzuschränken, sondern sie zu sichern vor den übermächtigen Verbänden, vor den Monopolansprüchen wirtschaftlicher Organisationen, vor den Auswüchsen der Kartelle und Trusts, vor dem Zugriff der Grund- und Feudalherren. Es ist der Weg eines antikapitalistisch gewordenen Liberalismus, der zum Bürgerfrieden und zum Völkerfrieden führt durch eine echte Versöhnung zwischen Ost und West."

Das westliche und das östliche Prinzip lassen sich in ihrer heutigen Gestalt nicht einfach miteinander verbinden, so wenig wie sich Wasser und Feuer vermischen lassen. Sollen sie zur Synthese gebracht werden, müssen sie vorher beide verwandelt werden; im Westen kann das von innen heraus geschehen, der Osten braucht dazu das Beispiel von außen.

Die Brückenfunktion von der kelto-germanischen Kultur, der wir selbst angehören, hinüber zu einer künftigen slavischen, können wir Deutsche nur erfüllen als integrales Glied der kelto-germanischen Völkerfamilie und zwar als ihr östlicher, kulturschöpferischer Pol im Sinne des oben für die verschiedenen Kulturperioden aufgezeigten Polaritätsgesetzes.

Es wäre leichtfertiger Illusionismus, diesen realpolitischen Sachverhalt leugnen zu wollen. Das erkannte auch der große Realpolitiker Bismarck, der in seinem politischen Testament für die Politik des von ihm geschaffenen deutschen Staates den einen möglichen Weg der Rettung empfahl: Das Bündnis mit England!

Wir wissen, daß der Herrscher dieses Staates diesen Rat in den Wind schlug mit den leidvollen Folgen, die uns Heutigen bekannt sind.

Aber auch auf angelsächsischer Seite war längst klar erkannt worden, daß in der von ihnen entwickelten Welthegemonie die Deutschen einen tragenden Eckpfeiler bilden müssen, soll sie von Bestand sein. Die Idee einer großgermanischen Weltföderation war schon ein Lieblingsgedanke des großen Engländers Cecil Rhodes (1852—1902), der auch seinen Freund, den damaligen Kolonialminister Joe Chamberlain, dafür begeisterte. Chamberlain sagte in einer seiner Reden:

„Dieselben Empfindungen, die uns in enge Sympathie mit den Vereinigten Staaten bringen, können auch wachgerufen werden, um uns in enge Sympathie und in ein Bündnis zu bringen mit dem Deutschen Reich ... Und wenn die Union zwischen England und den Vereinigten Staaten ein machtvoller Faktor für den Frieden ist, so wird ein neuer Bund zwischen der teutonischen und den beiden angelsächsischen Rassen einen noch mächtigeren Einfluß haben auf die Zukunft der Welt. Denn die Welt ist nicht nur von Interessen geleitet, sogar nicht einmal wesentlich von Interessen. Das Empfinden vielmehr ist einer der stärksten Faktoren in allen menschlichen Beziehungen; und es ist kein Grund vorhanden, warum nicht das Empfinden der Völker in den Ländern germanischer Rasse in Einklang miteinander sein sollte."

Als durch die imperialistische Politik Wilhelms II. die Bündnisbestrebungen Englands mit Deutschland scheiterten — zwischen 1898 und 1901 lehnte Wilhelm II. nicht weniger als drei englische Bündnisangebote ab —, soll Chamberlain gesagt haben: „Das Glück hat uns verlassen!"

Wahrlich! einer der tragischen Augenblicke der Weltgeschichte!

Noch immer aber haben wir — d. h. solange wir uns außerhalb des bolschewistischen Machtbereichs befinden — die Entscheidungs- und Handlungsfreiheit, Fehler der Vergangenheit wieder gutzumachen und neue Wege zu beschreiten. Nutzen wir diese Möglichkeiten!

Fassen wir zusammen:

Das Grundgesetz der westdeutschen Bundesrepublik stellt durch seinen Artikel 1, Abs. 1, die Würde des Menschen über alle nachfolgenden Verfassungsartikel. Es gestattet, sie alle, sowie Gesetzes- und Verwaltungsbestimmungen, durch Entscheide des Verfassungsgerichtshofes für nichtig zu erklären, von denen nachgewiesen werden kann, daß sie die Würde des Menschen antasten.

Damit ist der gangbare politische Weg gewiesen, die freiheitliche Ordnung von Kultur, Staat und Wirtschaft, die in der Bundesrepublik erst in Anfängen besteht, zur vollen, die menschliche Freiheit gewährleistenden Funktionsfähigkeit zu entwickeln, zugleich als Propädeutik für die demokratische Welt des Westens, aber auch für die noch nicht für Ost oder West entschiedenen „Entwicklungsländer", schließlich auch für die unter bolschewistischem Joch schmachtenden Völker. Nur das Beschreiten dieses Weges bietet uns die Chance, unsere freiheitliche Lebensordnung erhalten und weiterentwickeln zu können —, aber auch als Völker und als Einzelmenschen weiterzuexistieren. Die jetzt und in alle Zukunft drohende atomare Gefahr läßt uns keine andere Wahl! Es gilt für die Erdenmenschheit von nun an unausweichlich das Wort aus Goethes Faust:

„Das ist der Weisheit letzter Schluß:
Nur der verdient sich Freiheit wie das Leben,
der täglich sie erobern muß."

Konrad Hugin

Die freie Welt in der Sackgasse?

Gedanken zum kalten Krieg

I.

Im Hinblick auf die Gesellschaftsordnung lassen sich heute bei etwas vereinfachender Betrachtung drei Gruppen von Staaten unterscheiden:

a) die westlich-kapitalistischen Demokratien,
b) die kommunistischen Staaten,
c) diejenigen Staaten, welche keine dieser Gesellschaftsordnungen wollen.

Zu der letzten Gruppe gehören viele Entwicklungsländer, die verzweifelt eine „Mitte" zwischen den beiden Systemen suchen, z. B. unter der Formel: daß „... ich mehr und mehr an den Sozialismus glaube, sogar an einige Lehren des Kommunismus, nicht an die kommunistische Praxis, aber an die Theorie —, an einen kommunistischen Staat irgendwann in der Zukunft. Ich habe aber immer darauf bestanden, daß die Methoden friedlich sein müssen, nicht gewalttätig und böse." (Nehru am 31. Dezember 1955.) [1])

Die Auseinandersetzung zwischen den Gruppen a) und b), der Ost-West-Konflikt, wird auf zwei verschiedenen Ebenen ausgetragen:

1. militärisch, mit dem Ziel der „Revolution von oben" (wie in Mitteldeutschland),
2. propagandistisch-demokratisch, mit dem Ziel der „Revolution von unten" (wie in den nichtkommunistischen Ländern).

Dabei beschränkt sich die Auseinandersetzung auf der ersten Ebene vorerst auf die „Blöcke" a) und b), während die „Revolution von unten" von Ost und West sowohl beim Gegner als auch bei den Staaten der Gruppe c) gewünscht wird.

[1]) Aus Tibor Mende: „Gespräche mit Nehru", S. 29, erschienen 1956 bei Rowohlt Hamburg.

II.

West und Ost haben seit einiger Zeit so viele Atombomben, daß man sagen muß: sie haben beide absolute militärische Macht erlangt, d. h. sie sind — bei Ensatz aller Mittel — militärisch unbesiegbar.

Das bedeutet: Der Westen hat nicht mehr die Möglichkeit, selbst wenn er es wollte, den Totalitarismus allein mit militärischen Mitteln aus der Welt zu schaffen. Umgekehrt hat der Totalitarismus keine Chance, sich durch einen großen oder viele kleine Kriege gegen den Westen und seine Verbündeten zur absoluten Weltherrschaft aufzuschwingen.

Die berechtigte Furcht vor einem großen Krieg wird zur Waffe: Abschreckung. Nicht nur der Westen bedient sich ihrer, sondern auch der Osten.

Unterschiedlich ist die Reaktion: der Westen greift den Ostblock militärisch nicht mehr an, auch nicht an momentan schwachen Punkten wie in Ungarn oder Tibet während der Krise; er liefert nicht einmal Waffen. Das Risiko erscheint ihm — mit vollem Recht — zu groß. Dieses — man muß schon sagen ostentative — Unterlassen jeder militärischen Aggression oder Intervention macht den Westen für den Ostblock militärisch berechenbar, der es seinerseits nicht an militärischen und diplomatischen Aggressionen hat fehlen lassen, um unberechenbar zu bleiben. Der Osten wird keine militärische Aggression unternehmen, wenn er als ihre Folge den großen Krieg ansieht. Wenn er jedoch der Meinung ist, eine militärische Auseinandersetzung um eine bestimmte Position werde garantiert lokalen Charakter behalten, z. B. weil er fälschlicherweise die westliche Verteidigungsbereitschaft unterschätzt (ein Risiko, das nur durch deutliches Aussprechen der westlichen Absichten vermindert werden kann und notfalls unüberhörbares Säbelrasseln), dann ist es für ihn eine Frage von Aufwand und Ertrag, ob er sie riskiert.

Ähnliche Unterschiede zeigen sich im Verhalten auf dem diplomatisch-rechtlichen Gebiet. Der Kreml sagt heute hü und morgen hott. Er stellt hemmungslos Maximalforderungen. Rechtliche Ver-

pflichtungen aus dem allgemeinen Völkerrecht oder aus Verträgen hält er seit Lenin nur so lange ein, wie sie ihm nützen. Ganz anders der Westen: Er geht gegenüber dem Ostblock grundsätzlich nicht aus machtpolitischen Gründen über rechtliche Bindungen hinweg. Die demokratischen Staatsmänner legen sich sogar durch ihre Erklärungen schon fest (z. B. Oder-Neiße-Linie). Die Rechtslage und solche Erklärungen bestimmen oder verändern bereits die tatsächliche Position des Westens. Auch in dieser Hinsicht ist der Westen für den Ostblock berechenbar.

Es ist charakteristisch, daß der Kreml — genau wie Hitler und jeder andere Machtpolitiker — stets sehr daran interessiert ist, wenigstens den Schein des Rechts zu wahren oder Machtakte (Oder-Neiße-Linie = Westgrenze Polens) nachträglich zu legalisieren (z. B. durch die westliche Anerkennung in „Verhandlungen", von denen Chruschtschow kürzlich in Leipzig sagte: „Die Konferenzen können in ihren Beschlüssen nur das entstandene Kräfteverhältnis widerspiegeln."). Einerseits geschieht dies mit Rücksicht auf die Volksmeinung im In- und Ausland (besonders den Entwicklungsländern), andererseits aber, weil der Westen eine rechtmäßige Position des Ostens nicht mehr antastet!

Würde der Westen eine ebenso unberechenbare „Politik der Nadelstiche" betreiben wie der Ostblock, so würde die Nervosität angesichts der Atombomben derart ansteigen, daß die Gefahr eines von beiden Seiten nicht gewollten Hineinschlidderns in einen dritten Weltkrieg untragbar groß würde. „... weil Intervention nur zu Gegenintervention führt und damit zu einem Konflikt und schließlich zum Krieg."[2])

Weil Ost und West durch die Erlangung absoluter militärischer Macht unbesiegbar geworden sind, muß einer der beiden (der „Klügere"), damit die Gefahr eines dritten Weltkrieges auf das denkbare Minimum herabgedrückt wird, sich auf die reine — aber konse-

[2]) Nehru, Anfang Januar 1956, a. a. O., S. 81.

quente! — Defensive beschränken. Diese Rolle vermögen demokratische Rechtsstaaten zweifellos besser zu spielen, als totalitäre Diktaturen. Man muß hoffen, daß der Westen sich ihrer stets bewußt bleibt und sich nicht durch Emotionen zur Unberechenbarkeit hinreißen läßt.

Wir wollen die Untersuchung der Auseinandersetzung auf der ersten Ebene mit der Feststellung abschließen, daß die augenblickliche, höchst unbefriedigende und ungemütliche Weltlage sich im Rahmen der Auseinandersetzung auf dieser Ebene wohl kaum zugunsten des Westens verändern kann, sondern bestenfalls unverändert bleibt.

III.

Angesichts dieser Lage gewinnt die Auseinandersetzung auf der zweiten Ebene (der propagandistisch-demokratischen) steigende Bedeutung.

In ihrem Rahmen ist es das Ziel des Westens wie des Ostens:

1. unter den Entwicklungsländern Bündnispartner zu gewinnen oder doch wenigstens gute Freunde (auf die sie sich so sehr verlassen können wie z. B. der Westen auf die Schweiz) und
2. Widerstands- und Expansionswillen und -kraft des Gegners zu schwächen und möglichst zu zerstören.

Das sicherste Mittel dazu ist die Errichtung der eigenen Gesellschaftsordnung in den dritten Ländern bzw. beim Gegner.

Wir alle wissen, daß der Ostblock konsequent nach diesem Rezept verfährt. Überall in der Welt stützt er Parteien, öffentliche und getarnte Organisationen, die in ihrem Lande auf die Errichtung einer kommunistischen Gesellschaftsordnung hinwirken. Seine Wirtschaftshilfe an die Entwicklungsländer gibt er in einer Weise, welche die planwirtschaftlichen Tendenzen in diesen Ländern verstärken muß. Er stellt ihnen auch großzügig Planungsexperten zur Verfügung, die ihren Wirtschaftspolitikern z. B. das autarkistisch-dirigistische Dogma vom Primat der Schwerindustrie aufschwätzen und ununterbrochen unter dem Hinweis auf den glorreichen 40jährigen Aufstieg der

UdSSR zur zweiten Weltmacht die Vorzüge allumfassender, zentralisierter Planung preisen.

Die Anfälligkeit für Autarkie jeder Art ist in Staaten, die lange gegen den Kolonialismus kämpfen mußten, wegen ihres unbedingten Strebens nach nationaler Unabhängigkeit naturgemäß sehr groß. Ihre Staatsmänner merken nicht oder nehmen als vermeintlich unabwendbaren Preis in Kauf, daß sie dabei die Freiheit und Unabhängigkeit des einzelnen Bürgers der erhofften Freiheit und Unabhängigkeit ihrer Nation opfern. Auch die sogar im Westen häufig anzutreffende Meinung von einem vermeintlich naturgegebenen Gegensatz von freiheitlicher Ordnung und sozialer Gerechtigkeit, die sich dem oberflächlichen Betrachter des liberal-kapitalistischen 19. Jahrhunderts aufdrängt, das alle Welt immer noch für freiheitlich hält, wird vom Osten eifrig kultiviert und verfehlt ihren Zweck in Ländern mit so krassen sozialen Unterschieden keineswegs. Diese Meinung ist nur zu oft der Boden, auf dem der Klassenkampf-Gedanke und mit ihm die ganze kommunistische Ideologie Fuß fassen können.

Auch der Westen hat seit langem erkannt, daß ein Land, in welchem die kommunistische Gesellschaftsordnung errichtet wurde, nicht mehr zu seinen Freunden gerechnet werden kann, sondern meist sogar als Bündnispartner des Ostblocks sein Gegner wird. Deshalb ist er ganz besonders an der Aufrechterhaltung der bestehenden Ordnung in den demokratischen Entwicklungsländern (Indien), ja selbst in den noch monarchistisch-feudalistischen (Saudi-Arabien, Jordanien) interessiert und bemüht sich bekanntlich vor allem durch die Stärkung der Wirtschaftskraft dieser Länder, die Gefahr des kommunistischen Einflusses zu vermindern. Eisenhower sagte kürzlich in seiner Fernseh-Rede über die Berlin-Krise an das amerikaniche Volk: „Unser gemeinsames Sicherheitsprogramm unterstützt dieses gemeinsame Unterfangen (nämlich die militärische Verteidigung, d. Verf.), ... indem es dazu beiträgt, daß ihre Volkswirtschaften stark bleiben.

Dieser gemeinsame Versuch ist eine konstruktive langfristige Antwort auf die immer wieder aufflammenden Krisen, die von den Kommunisten hervorgerufen werden. Er stärkt die Stabilität der freien Nationen und verringert die Möglichkeit für eine kommunistische Subversion und Durchdringung. Er fördert das wirtschaftliche Wachstum und gibt Hoffnung und Vertrauen in die Sache der Freiheit. Er ist Amerikas stärkstes Werkzeug für positive Maßnahmen in der heutigen Welt."[3])

Im „Rheinischen Merkur" vom 13. Februar 1959 referiert Alfred Lang einen bedeutsamen Aufsatz, den Armeegeneral Ely — der als Chef des Generalstabs der Nationalen Verteidigung Frankreichs den höchsten militärischen Posten seines Landes innehat und dem Staatspräsidenten de Gaulle persönlich und geistig sehr nahe stehen soll — in der amtlichen „Revue de Défense Nationale" veröffentlicht hat, unter anderem mit folgenden Worten: „Man müsse ... heute, auf der Grundlage des jetzigen zerbrechlichen Gleichgewichts, die Elemente im Auge behalten, die in etwa zwanzig Jahren ein neues Weltgleichgewicht nach einer zu ermittelnden Evolution herstellen können. Eben darin bestehe die Rolle der hohen Politik, nach Maßgabe der erkennbaren großen Strömungen einen Kurs feztzulegen, ...

Gegenüber der Festigkeit des Atlantikpaktes und angesichts des Stillstands oder Rückgangs des Kommunismus in den westlichen Ländern habe sich der sowjetische Druck auf die Entwicklungsländer in Asien, Afrika und Südamerika gerichtet. Diese Länder seien die Kampfstätten, auf denen sich die beiden großen Einflüsse der Welt gegenüberstehen und auf denen der Westen seine ganze Kraft einsetzen müsse. Dabei dürfe er den nationalen Charakter dieser Länder nicht in Frage stellen, denn das hieße die natürliche Entwicklung verneinen und dem Gegner eine wirksame Waffe liefern. Er muß zu seinem und zu dieser Länder Schutz vor der kommunistischen Eroberung die Unterentwicklung durch die gerechte Verteilung des Reichtums des Westens beheben und nicht abwarten, bis der Kommunismus die Entwicklungsstaaten versklavt hat."

[3]) Abgedruckt in der F. A. Z. vom 18. März 1959.

Beide Äußerungen lassen klar erkennen, daß der Westen eingesehen hat, daß die Frage, welche Gesellschaftsordnung in den Entwicklungsländern errichtet wird, nicht mehr nur philantropisch-idealistischen Charakter hat, sondern zu seinen lebenswichtigsten — weil lebensentscheidenden — Fragen überhaupt gehört. Erschreckend ist jedoch, daß beide im Jahre 1959 noch zum Ausdruck bringen, daß die Lösung dieses Problems in Kapitalsubventionen, also in einer „gerechten Verteilung des Reichtums des Westens" liege. Es ist vielleicht ein bißchen viel verlangt, daß langsam auch Generale erkennen sollten, daß diese — ihrer befehlsgewohnten Denkweise entsprechende — „Lösung" in den vergangenen Jahren Schiffbruch erlitten hat und daß hier spezifisch ordnungspolitische Probleme vorliegen, was die freiheitlich eingestellte Presse seit Jahren und Bundeswirtschaftsminister Erhard besonders seit seiner Asienreise immer wieder betonen.

Das Paradebeispiel zur Stützung dieser Behauptung ist Wirtschaftswunder-Deutschland. Wobei das Wunder nicht darin bestand, daß bei Anwendung einer richtigen Wirtschaftspolitik die Wirtschaft floriert, sondern eher darin, daß die von einer sehr kleinen Minderheit erkannten Wahrheiten in einer Zeit zur Anwendung kamen, die meinte, von der „Erfahrung" genau das Gegenteil gelehrt worden zu sein; die vor allem meinte, daß eine — freiheitlichen Ordnungsgrundsätzen folgende — Politik für Überflußzeiten ganz nett, aber niemals geeignet sei, einen wirtschaftlichen Aufschwung einzuleiten, der dem Mangel abhilft, nachdem dies doch nicht einmal den angestrengtesten Bemühungen der Planungsbehörden gelungen war!

Auch Westdeutschland erhielt durch den Marshall-Plan Kapitalsubventionen aus dem Ausland. Sie haben das Tempo der Entwicklung erheblich beschleunigt. Sie haben die Entwicklung aber nur deshalb beschleunigt, weil sie sinnvoll angewandt wurden, weil sie in eine Wirtschaftsordnung hineinflossen, welche die jeweils rationellste Anwendung garantiert. Kapitalsubventionen sind wie Wasser: man muß sie in ein geeignetes Gefäß füllen, sonst laufen sie einem

zwischen den Fingern durch und sind, ehe man sich's versieht, verschwunden. Genausowenig, wie man ein Sieb dadurch dicht machen kann, daß man Wasser hineinfüllt, kann man eine schlecht funktionierende Wirtschaftsordnung mit Kapitalsubventionen verbessern.

Die Entwicklungsländer sind auch gar nicht so besonders scharf auf Geschenke; sie nehmen gerne hier und da einmal eine Unterstützung an, wollen aber möglichst in die Lage kommen, nicht mehr auf solche Geschenke (womöglich noch regelmäßig) angewiesen zu sein, weil ihre nationale Unabhängigkeit dann dauernd in Gefahr wäre. „Hilfe ist zweifellos notwendig. Aber ich glaube, es besteht immer die Gefahr, auf politischem wie auf wirtschaftlichem Gebiet, daß Hilfeleistungen den Menschen die Lust nehmen, selbst hart zu arbeiten. Und das ist nicht gut. Lieber ein bißchen langsamer vorwärtskommen, aber aus eigener Kraft, als von anderen abhängig werden." [4])

Ihnen liegt daher viel mehr an einer funktionsfähigen Ordnung ihrer sozialen Verhältnisse, die zudem ihren Vorstellungen von sozialer Gerechtigkeit entspricht und bei der sie nicht ein Ideal um des anderen willen opfern müssen. Die Errichtung einer funktionsfähigen Wirtschafts-, Staats- und Kulturordnung können die Entwicklungsländer, da sie souveräne Staaten sind, aber nur selbst vornehmen. Alle Auslandshilfe muß sich hier auf Ratschläge und das Vorleben eines guten Beispiels, sowie die Unterlassung jeder Behinderung beschränken. Die Entwicklungsländer werden, solange ihnen nicht die Freiheit dazu von ausländischen Mächten genommen ist, beim Aufbau ihrer Gesellschaftsordnung nie gegen ihr eigenes Interesse handeln; positiv ausgedrückt: sie werden stets die ihnen als beste erscheinende Gesellschaftsordnung verwirklichen.

Also was tun? Einen weltweiten Propagandafeldzug für eine freiheitliche Ordnung der Gesellschaft starten? — Missionieren gehen?

[4]) Nehru, Anfang Januar 1956, a. a. O., S. 60.

Die bloße Theorie einer freiheitlichen Wirtschafts-, Staats- und Kulturordnung, wie sie z. B. in dieser Schriftenreihe dargestellt wird, vermag nur wenige zu überzeugen. Sie ist im Gegensatz zur Theorie des totalitären Planstaates zu kompliziert, die da lautet: die Besten sollen sagen, was alle anderen einheitlich tun sollen. Im vergangenen Jahrhundert meinte man, die Theorie der freiheitlichen Ordnung auf die kurze Formel: laissez faire, laissez aller bringen zu können. Inzwischen ist es nur zu deutlich geworden, daß Freiheit und soziale Gerechtigkeit nicht dadurch entstehen, daß der Staat nichts tut. Es gibt sie nur dort, wo sie durch das Recht, also den Staat, geschützt werden. Walter Eucken hat klar herausgestellt, daß der Staat eine gerechte Wirtschaftsordnung schaffen muß, die ein selbstregulierendes Lenkungssystem des Wirtschaftsprozesses ist, in den er nicht eingreifen darf, weil er dadurch die Freiheit des Einzelnen verletzt.

Der Beginn einer Verwirklichung seiner Gedanken in der Bundesrepublik unter dem Stichwort „Soziale Marktwirtschaft" zeitigte so überraschend hervorragende Ergebnisse, daß die ganze Welt aufmerksam und der Wirtschaftsminister im In- und Ausland zum Symbol einer prosperierenden Wirtschaft wurde. Daß sowohl die Wirtschafts-, als auch die Staatsordnung, basierend auf dem Grundgesetz, nach freiheitlichen Prinzipien aufgebaut wurden, machte die Bundesrepublik zu einem Magneten: Millionen haben in Mitteldeutschland Heimat, Freunde und Vermögen zurückgelassen und sind nur mit dem, was man am Körper und in den Händen tragen kann, nach Westdeutschland herübergekommen, weil sie in einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung leben wollten und „drüben" keine Möglichkeit besteht, sie zu verwirklichen.

Hier ist ein Prozeß in Gang gekommen, der größte Beachtung verdient: Zwischen Mittel- und Westdeutschland ist ein soziales Gefälle entstanden. Das Beispiel einer freiheitlichen Ordnung wirkt! — stärker als Worte und die rührigste Propaganda jemals wirken könnten.

Der Prozeß, welcher zu diesem sozialen Gefälle führte, und die Wirkungen, die es innerhalb Deutschlands hat, sind für jeden deutlich sichtbar; aber es ist nicht auf Deutschland beschränkt. Das Beispiel wirkt auf unsere Nachbarvölker, wie die Reform der Wirtschaftspolitik in Frankreich deutlich zeigte und es wirkt auch auf die Entwicklungsländer, was bei der Asienreise von Wirtschaftsminister Erhard besonders sichtbar wurde. Der für unmöglich gehaltene Erfolg — erst — schafft Gehör für die Theorie dieser freiheitlichen Ordnung in den Entwicklungsländern.

Wie am Beginn dieses Aufsatzes gezeigt wurde, wollen die Entwicklungsländer die Fehler des paläoliberalen Kapitalismus, für den sie unsere Wirtschaftsordnung oft noch halten, und die des Kommunismus auf keinen Fall übernehmen. Sie stehen teilweise noch zwischen Ost und West, ohne sich für die Gesellschaftsordnung des einen oder des anderen Blockes entscheiden zu können und dauernd mit Mischformen herumexperimentierend, die alle nicht die gewünschten Erfolge gebracht haben.

Chruschtschow ist diese Unschlüssigkeit und Unsicherheit nicht entgangen. Er will die Überlegenheit des kommunistischen Systems jetzt demonstrieren. Die programmatischen Reden, in welchen er dies im vergangenen Jahr angekündigt hat, sind kürzlich in einem Buch zusammengestellt worden, dessen Titel bereits das Ziel zum Ausdruck bringt: den „Sieg im friedlichen Wettstreit mit dem Kapitalismus"! Er hat nicht bloß wiederholt den Westen zu diesem Wettbewerb herausgefordert, sondern auch bereits begonnen, das seinige zu tun, um ihn zu gewinnen, indem er einen ehrgeizigen Siebenjahresplan aufstellte, an dessen konsequenter Durchführung er es nicht fehlen lassen wird. Er will in diesem Wettbewerb — in welchem es angesichts der großen Armut in den Entwicklungsländern zunächst ganz vordergründig um die materiell ergiebigere Ordnung geht und weniger um die dem Einzelnen durch ihre Freiheitlichkeit gerechter werdende — das soziale Gefälle, welches sich heute leicht zuungunsten des Ostens nach Westen neigt, wie oben an

Beispielen gezeigt wurde, zugunsten des Ostens umkehren, damit die Entwicklungsländer und möglichst auch noch die westlichen Völker — um im Bilde zu bleiben — auf diesem Gefälle in s e i n e Arme, in die kommunistische Gesellschaftsordnung, rutschen!

Wir müssen also diesen „friedlichen Wettstreit" ernst nehmen. Wir haben in ihm eine günstige Ausgangsposition — aber mehr nicht! Wenn wir stehen bleiben, nichts tun, dann sind wir bald überholt: das soziale Gefälle wird sich zu unseren Ungunsten umkehren — wenn auch nicht gleich in unseren Augen, so doch sehr bald in denen der Entwicklungsländer und der Völker des Ostblocks, einschließlich Mitteldeutschlands. Hier zählt nicht das, was ist, sondern das, was geglaubt wird.

Wir müssen deshalb den Prozeß, welcher dieses soziale Gefälle zugunsten des Westens geschaffen hat, in Gang halten, fördern — ja, beschleunigt vorantreiben, damit sich das Gefälle weiter zugunsten des Westens verstärkt. Unsere bisherigen Erfolge bei der Errichtung des „Modells" einer sozial gerechten, freiheitlichen Ordnung vermochten im wesentlichen nur das Interesse der Entwicklungsländer und der Ostblock-Völker zu wecken — und es bedarf weiterer Erfolge, um sie zu überzeugen und zur Nachahmung anzuregen. Nach dem grandiosen sozialen Versagen des Paläoliberalismus des vorigen Jahrhunderts ist es schwer, das Vertrauen in die Funktionsfähigkeit einer freiheitlichen Ordnung zu gewinnen.

Worin besteht der das soziale Gefälle verstärkende Prozeß?

In der schrittweisen, theoretischen und praktischen Lösung der noch haufenweise anstehenden sozialen Probleme bei uns in Mitteleuropa mittels des neuen, ordnungspolitischen Denkens!

Hier seien nur einige dieser Probleme als Beispiele angeführt:

1. Der unnötigerweise künstlich geförderte Konzentrationsprozeß in der Wirtschaft muß endlich gestoppt werden durch Umgestaltung der Umsatzsteuer, Verbesserung des Kapitalmarktes und den Ausbau des Kartellrechts bis zu einem Monopolisierungsverbot.

2. Der Außenhandelsprotektionismus für Landwirtschafts- und immer noch einige Industriegüter muß aufgegeben werden. Er schädigt nicht nur den deutschen Verbraucher, sondern verheerenderweise ganz besonders die Entwicklungsländer („Niedrigpreisländer"), denen die deutschen Interessentengruppen fälschlicherweise Dumping vorwerfen, auch wenn diese niedrigen Preise nicht auf staatlichen Subventionen, sondern natürlichen Kostenvorteilen beruhen, z. B. geringeren Lohnkosten („Reisstandard"). Mit diesem durch nichts zu rechtfertigenden Protektionismus hindern wir die Entwicklungsländer daran, sich Devisen zu verdienen, mit denen sie besonders ihre Investitionsgüter bei uns kaufen könnten, und zwingen sie so in die Autarkie, die, wie sich zeigt, zu planwirtschaftlichen Methoden in diesen Ländern führt!

3. dürfen wir nicht den „kapitalistischen Überbleibseln" in der Sozialen Marktwirtschaft aus dem Wege gehen: den arbeitslosen Einkommen aus Kapital- und Bodenrenten. Mit vollem Recht schreibt Keynes[5]): „Kapitalzinsen sind heute keine Belohnung für ein wirkliches Opfer, so wenig wie die Pachtzinsen von Land." Nur dürfen wir nicht unter Aufgabe ordnungspolitischer Grundsätze in einen staatlichen oder halbstaatlichen Dirigismus verfallen, um dieses Ziel zu erreichen.
   Der Kapitalzins erfüllt seine marktregulierende Funktion genau so gut, wenn er sich um 0% bewegt, also kein oder nur ein nicht mehr nennenswertes arbeitsloses Einkommen erbringt. Da der Zins der „Knappheitsmesser" (Preis) des Kapitals ist, müssen wir erreichen, daß es sich vermehrt, bis es aufhört, knapp zu sein. Wie gesagt: durch Schaffung neuer funktioneller Ordnungszusammenhänge, keinesfalls auf dirigistische Weise.
   Auch die Grundrente ist, als Regulativ auf dem Bodenmarkt, unentbehrlich. Aber sie braucht nicht in die Taschen Privater zu fließen, sondern kann weggesteuert werden. Es ist nicht wahr, daß die Grundsteuer überwälzbar sei. Sie wird aus der Grundrente bezahlt. Auch eine hohe Grundsteuer vermag die Grundrente

[5]) J. M. Kaynes: „Allgemeine Theorie ...", S. 317, München 1936.

nicht zu erhöhen. Denn die Grundrente (nicht der Bodenpreis, der nur ihre Kapitalisierung ist und deshalb mit sinkendem Kapitalzins steigt) ist der „Knappheitsmesser" (der eigentliche „Preis") des Bodens und die Grundsteuer hat nicht eine Verknappung, sondern eher eine Vergrößerung des Bodenangebots zur Folge, weil es sich kein Bodeneigentümer mehr leisten kann, ein Grundstück brach liegen zu lassen; die Grundsteuer zwingt ihn, es zur Verpachtung anzubieten! Eine kräftige Grundsteuer wird also eher eine Senkung der Grundrente zur Folge haben. Je geringer der Anteil der Grundrente ist, welcher in die Taschen Privater fließt, um so niedriger sind die Bodenpreise, denn um so niedriger ist ja der „Wert" des Bodens als Rentenobjekt. Zum Bodenpreis kapitalisiert wird natürlich nur der Teil der Grundrente, der nicht weggesteuert wird. — Aus all dem ergibt sich, daß die „Wanderung des Bodens zum besten Wirt" gefördert wird.

4. verdient in diesem Zusammenhang auch das Arbeitsverhältnis einige Beachtung. Es beruht heute auf einem „gegenseitigen" Vertrag, wodurch ein Interessengegensatz zwischen Unternehmer und Arbeiter entsteht („wenig Lohn, viel Arbeit" bzw. „hoher Lohn, wenig Arbeit" ist das Bestreben der „Partner"), der nicht nur produktivitätshemmend wirkt, sondern auch der Ansatzpunkt für Gewerkschaftsmacht und Klassenkampf-Ideologien ist. Dieser Interessengegensatz kann zum Nutzen aller Beteiligten dadurch behoben werden, daß die Interessen von Unternehmer und Arbeiter „gleichgerichtet" werden, indem man zur rechtlichen Grundlage des Arbeitsverhältnisses einen — besonders zugeschnittenen — Gesellschaftsvertrag macht. Dadurch verschwindet der Lohn, er wird zur Gewinnbeteiligung. Der Arbeitende wird in gewisser Weise „Mitunternehmer". Mit dem Interessengegensatz kann das Untergebenenverhältnis (Befehlsgewalt des Arbeitsleiters) fallen, weil der Arbeiter im unmittelbaren eigenen Interesse das jeweils klügste und rationellste tut! Dies alles hätte eine entscheidende Verbesserung des sozialen Klimas zur Folge, nicht nur im Betrieb. Diese Umgestaltung des Arbeitsrechts könnte — auch

innerhalb der einzelnen Betriebe — schrittweise erfolgen, wie die Einführung des Genossenschaftswesens im vergangenen Jahrhundert. Gesetzliche Neuregelungen sind am Anfang vielleicht gar nicht notwendig.[6])

5. muß das kulturelle Leben von den Fesseln des staatlichen Examensmonopols und des aus ihm folgenden Berechtigungsunwesens befreit werden. Die Diskriminierung des freien Bildungswesens in wirtschaftlicher und pädagogischer Hinsicht sowie durch das staatliche Lehrerbildungsmonopol muß ein baldiges Ende finden. „Die Anziehungskraft der westlichen Welt wird davon bestimmt sein, ob ihre Erziehung frei ist. Nicht die gefüllten Schaufenster, sondern die Chance freier Entwicklung ist das, was sie für die Welt jenseits des eisernen Vorhanges zu bieten hätte. Wenn wir eine freie Welt aufbauen wollen, brauchen wir vor allem andere Schulen, in denen freie Menschen heranwachsen können."[7])

Es kann sich sicher jeder ohne große Schwierigkeiten ausmalen, daß die Lösung auch nur einiger dieser sozialen Grundprobleme unserer Gegenwart in dem angedeuteten freiheitlichen Sinne, das oben geschilderte soziale Gefälle ganz entscheidend zugunsten des Westens beeinflussen würde.

Die Herstellung dieses Gefälles ist die einzig mögliche Offensive des Westens gegen den Kommunismus! Solange sich das Gefälle stark zu unseren Gunsten neigt, arbeitet die Zeit für uns!

Kurz nach dem letzten Weltkrieg war das Gefälle umgekehrt: damals gerieten die osteuropäischen Staaten, einschließlich Mittel- und Ostdeutschlands, sowie China in den Sog des Kommunismus. Damals arbeitete die Zeit für den Osten.

[6]) Der Verfasser beabsichtigt, diese Gedanken demnächst ausführlicher darzustellen.

[7]) Helmut Becker in seinem Aufsatz „Die verwaltete Schule" aus seiner Sammlung „Kulturpolitik und Schule", S. 70, D. V. A. Stuttgart 1956.

Die inzwischen offenbar eingetretene Umkehr und leichte Neigung zugunsten des Westens, von der wir schon sprachen, ist noch viel zu schwach, wie die Zurückhaltung der Entwicklungsländer zeigt und wie vor allem ganz erschreckend und erschütternd dadurch demonstriert wurde, daß bei den Volksaufständen in Mitteldeutschland am 17. Juni 1953, in Polen und in Ungarn die für kurze Zeit freie öffentliche Meinung ganz entschieden am kommunistisch-sozialistischen Gedankengut festhielt und die westliche Gesellschaftsordnung nicht anstrebte! Die Völker wandten sich nur gegen den Zwang und Druck, nicht gegen seine eigentliche Quelle, den Marxismus-Leninismus. Ja, sie wollten wieder von vorn anfangen mit der Verwirklichung dieser Ideologie, bei der russischen Revolution 1917: sie setzten Arbeiterräte ein!

Man kann das nicht hinwegwischen mit dem Hinweis, daß diese Völker durch jahrelange Schulung und Propaganda nichts anderes kennen würden und über den Westen falsch informiert seien. Die westliche Ordnung ist zwar wesentlich besser als die „volksdemokratische", aber noch lange nicht das Paradies, als welches sie oft hingestellt wird. Der eiserne Vorhang wäre auf die Dauer kein Hindernis für die Ausbreitung der Kenntnis von einem solchen Paradies. Die Völker wollen heute ein noch höheres Maß von sozialer Gerechtigkeit, als der Westen heute schon bietet. Sie können erst „ja" sagen zum Westen, wenn sie bei ihm wenigstens die Entwicklung zu größerer sozialer Gerechtigkeit wahrnehmen.

Die Hinwendung der Völker des Ostblocks zu der Gesellschaftsordnung des Westens wird erst erfolgen, wenn er noch einige feudalistische, kapitalistische und absolutistische Federn (s. obige Beispiele) gelassen hat. Diese Hinwendung ist noch nicht die Verwirklichung der freiheitlichen Ordnung im Osten, aber sie wäre der S i e g — und muß unser Ziel sein! — im „friedlichen Wettstreit" mit dem Kommunismus, zu dem uns Chruschtschow herausgefordert hat. — Weil die Offensive in diesem Wettkampf nur in der bestmöglichen Ausgestaltung der eigenen Gesellschaftsordnung besteht, k a n n auch der W e s t e n o f f e n s i v sein.

Totalitäre Staaten handeln immer und ausschließlich auf Grund machtpolitischer Erwägungen (es sei denn, sie sind dumm). Sie müssen zu jeder Konzession gegenüber einem anderen Staate oder dem eigenen Volke stets gezwungen werden. Das muß der Westen bedenken. Mit Waffengewalt ist ihm eine Offensive nicht mehr möglich, wie wir oben sahen. Er kann nur noch auf ein Zwangsmittel bauen: die Änderung der sozialen Verhältnisse in der freien Welt, bis kein Hahn mehr nach dem Kommunismus kräht. Das nimmt dem Ostblock jede Expansionsmöglichkeit. Die Hinwendung der Völker des Ostblocks zu der Gesellschaftsordnung des Westens nähme dem Totalitarismus jede Expansionskraft und würde ihn wahrscheinlich zu einer schrittweisen Umwandlung in eine freiheitliche Ordnung nötigen, um eine die herrschenden Schichten hinwegfegende Revolution zu vermeiden. Eine eifrige „Koexistenzpolitik" von seiten des Westens könnte dem sicherlich nur förderlich sein. Erinnern wir uns an das oben zitierte Wort von Chruschtschow: „Die Konferenzen können in ihren Beschlüssen nur das entstandene Kräfteverhältnis widerspiegeln." Heute bedeutet dies die Sicherung und Festigung des Zustandes, der durch das Nachkriegsgefälle östlich der Elbe entstanden ist, durch seine Legalisierung. Morgen könnte es etwas anderes bedeuten, wenn — ja, wenn es gelingt, durch die Herstellung des Gefälles eine Veränderung der Umstände und Verhältnisse zu schaffen, die den Ostblock zwingt.

IV.

Wer nur die Auseinandersetzung auf der oben in Abschnitt II geschilderten militärischen Ebene wahrnimmt, wird, selbst wenn er die Situation und die Notwendigkeit einer reinen Defensivhaltung des Westens einigermaßen erkennt, stets ein unbehagliches Gefühl haben. Das Wissen, daß eine Verbesserung der eigenen, höchst ungemütlichen Situation nicht zu erwarten ist, strapaziert die Nerven fürchterlich. Es wird der Wunsch unbezähmbar, daß endlich irgendetwas „anderes" geschieht. Man kann und will an die Ausweglosigkeit nicht glauben, an die Verdammung zur Passivität, als welche die

reine Defensive stets empfunden wird. Man hält die zuständigen Politiker für „phantasielos", glaubt in einer Sackgasse zu sein und kommt infolge seiner panikartigen Stimmung zu psychologischen Kurzschlüssen, wie dem Neutralismus und der Gegnerschaft zur Aufrüstung.

Wer die Offensive des Westens auf der zweiten Ebene der Ost-West-Auseinandersetzung, im „friedlichen Wettstreit", will, muß sehen, daß sie nur möglich ist, solange der Westen militärisch zur Defensive bereit ist. „Selbst Gandhi, der ein großer Pazifist war, sagte immer, es sei besser zu kämpfen, als Angst zu haben. Es sei besser, Gewalt zu gebrauchen, als davonzulaufen. Er meinte damit, daß man sich dem Bösen, dem schlechthin Bösen, nicht ergeben darf; daß man zwar lieber auf friedliche Weise Widerstand leisten soll, daß man aber, wenn das nicht möglich ist, mit militärischen Mitteln kämpfen muß. Man soll nie vor dem Bösen kapitulieren." [8])

Auch das mit der Erstehung der Atomwaffen heraufgekommene Risiko darf uns nicht kopflos machen und den Sinn für die Möglichkeit und Notwendigkeit einer westlichen Offensive vernebeln. Auch hier hat Nehru die Situation treffend dargestellt, wie mir scheint, wenn er sagt: „Wenn ich ganz offen sein soll, so interessieren mich ihre Atombomben nicht für zwei Groschen. Ich habe wirklich keine Angst; wenn sie Indien bombardieren wollen, mögen sie es tun und Schluß mit uns machen; aber warum sollte ich darüber schlaflose Nächte verbringen? Warum sollte ich meine Zeit damit verlieren, einen leidenschaftlichen Haß in mir zu nähren wegen etwas, das vielleicht passieren könnte? Das scheint mir absolut nutzlos. Es würde mir nur Zeit und Kraft für andere Dinge nehmen." [9])

Wir dürfen nicht darin erlahmen, den Prozeß in Gang zu halten und wenn möglich zu beschleunigen, der das soziale Gefälle zu unseren Gunsten schafft. Ob wir eine durch und durch freiheitliche Ord-

[8]) Nehru, Anfang Januar 1956, a. a. O., S. 72.
[9]) Nehru, Anfang Januar 1956, a. a. O., S. 87.

nung verwirklichen, ist, wie wir bereits sahen, nicht mehr nur eine Frage von mehr Gerechtigkeit für uns und unsere nächsten Mitmenschen, sondern mitentscheidend über unsere weitere Existenz. Damit hat die theoretische und politisch-praktische Arbeit an der freiheitlichen Ordnung von Kultur, Staat und Wirtschaft endgültig aufgehört, eine erhebende Beschäftigung für Feiertags-Mußestunden zu sein!

„In der Verantwortung um das Schicksal eines Volkes gibt es ... keine Arbeitsteilung; hier steht jeder für alle."[10])

stud. iur. Eckhard Behrens

[10]) Bundeswirtschaftsminister Prof. Dr. Ludwig Erhard in F. A. Z. vom 20. 6. 58.

Alexis de Tocqueville

Zu seinem 100. Todestag (16. April 1859)

Zu den Baumeistern der freiheitlichen Sozialordnung, die weiter entwickelt und ausgestaltet werden muß, soll für den Menschen auf der Erde ein Leben in Würde möglich werden, gehört auch der französische Jurist und Staatsdenker Alexis de Tocqueville (1805 bis 1859). Als Symptom dafür findet sein Hauptwerk: „Die Demokratie in Amerika“[1]) unter den freiheitlich orientierten Zeitgenossen mehr und mehr Beachtung.

Tocqueville sah — das ist das Erstaunliche — die Krisen und Probleme unserer modernen Gesellschaft in einer Zeit genau voraus, als sich für die äußere Wahrnehmung und Erfahrung noch kaum Symptome dafür zeigten. Mit dem inneren Auge gleichsam, hat er soziale Entwicklungsprozesse wahrgenommen, die sich noch ganz unter der sichtbaren Oberfläche der Geschehnisse verborgen abspielten. Zu derartigen außersinnlichen Erkenntnissen bedarf es einer Urteilskraft, die von subjektiven Interessen, von persönlichen Ressentiments und von egozentrischem Wunschdenken nicht sehr getrübt ist. Diese Fähigkeit hat Tocqueville in seltenem Maße besessen.

1830/31 bereiste er die Vereinigten Staaten und im Vergleich der dortigen, mit den gesellschaftlichen Verhältnissen Europas, gewann er seine Einsichten:

Eine neue Gesellschaft ist im Entstehen, in der ein übermächtiger Trend zur Gleichheit, zur egalitären Demokratie wirksam ist. In der Ideologie der Revolutionäre sind die verschiedenen Forderungen, für die sie kämpfen, die Gleichheit aller und die Freiheit, mühelos vereinbar, aber, so stellt Tocqueville fest, in der politischen Realität können sie sich widerstreiten, wobei die Gleichheit gegenüber der Freiheit die stärkere Durchschlagskraft besitzt. Im Namen der Gleichheit kann es zu einer Steigerung der staatlichen Gewalt, ja zu einem Despotismus der amtlichen Bürokratien kommen, wie er

[1]) Fischer-Bücherei.

unter aristokratischen und monarchischen Verhältnissen nicht denkbar gewesen wäre. Die absolute Gleichheit, verstanden nicht nur als Gleichheit der Rechte, sondern auch als Gleichheit in der wirtschaftlichen Versorgung setzt eine alles umgreifende Zentralgewalt voraus, welche die Einzelnen schützt, versorgt und unterhält und die deshalb die ganze Gesellschaft mit einem Netz von komplizierten, aber uniformen Reglements überzieht. Die Volkssouveränität wird zum Verwaltungs-Despotismus. Einen privaten Freiheitsraum gibt es nicht mehr. Die Menschen sollen zu ihrem Glück gezwungen werden. Selbst die Last des Denkens wird ihnen abgenommen, denn sie werden von staatswegen mit Informationen versorgt, die ihnen die vorgeschriebenen Überzeugungen und die erlaubten Gesinnungen bekanntgeben.

Das ist die apokalyptische Zukunftsvision, wie sie Alexis de Tocqueville vor 125 Jahren hatte. „Die Menschen wollten frei sein, um sich gleich machen zu können, und in dem Maße, wie sich die Gleichheit mit Hilfe der Freiheit verfestigt, wird die Freiheit selbst in Frage gestellt." — „Ich wollte die Gefahren bloßlegen, die die Gleiheit für die Freiheit des Menschen mit sich bringt." So begründete Tocqueville seine Absicht. —

Ist seine Vorschau nicht exakt eingetroffen? Vor der Despotie der Massen wollte er warnen, in der er mit Hobbes einen neuen Leviathan erblickte.

Indem Alexis de Tocqueville vor der Gefahr, die er heraufziehen sieht, warnt, zeigt er, daß er keineswegs zwangsläufige Entwicklungen meint, denen die Menschheit hoffnungslos preisgegeben sei; er will seine Zeitgenossen nur gegenüber dem Kommenden wachsam machen. Er fand kein Gehör und die Gefahr ist inzwischen ins Riesenhafte angewachsen.

Wir Heutigen kennen — in der Theorie — das Mittel der Rettung: Die Beschränkung der Funktionen der Demokratie auf den Bereich des allgemeinverbindlichen Rechts, d. h. die Herauslösung der Kultur und der Wirtschaft aus den Kompetenzen des demokratischen Staates. Wir kreiden es Tocqueville nicht an, daß er es noch nicht

kannte. Dafür deutet er aber bereits die praktikable Methode des Gebrauchs unseres Mittels an, die wir erst kürzlich durch die Arbeiten Nipperdeys[2]) kennen lernten:

In die Fundamente des Staates, in die Verfassungen, seien die Widerstände der individuellen Freiheitsrechte einzubauen, gegen die Omnipotenz des demokratischen Staatsapparates.

Alexis de Tocqueville bekennt sich damit zu dem Glauben, der auch der unsere ist, daß die Demokratie in sich die Anlage besitzt, den Trend zum Totalitarismus zu überwinden und der Freiheit der individuellen Persönlichkeit Raum zu geben.

Zum Abschluß noch eine erstaunliche Prophezeiung Tocquevilles:

„Es gibt heute zwei große Völker auf der Erde, die, bei verschiedenem Ausgangspunkt, dem gleichen Ziel zuzuschreiten scheinen, die Russen und die Angloamerikaner ... Beide sind im Verborgenen herangewachsen, und während die Aufmerksamkeit der Menschen anderswo beschäftigt war, sind sie plötzlich in die erste Reihe der Nationen gerückt ... Alle anderen Völker scheinen ungefähr die von der Natur gesetzten Grenzen erreicht und nur noch die Aufgabe der Bewahrung zu haben; jene aber sind im Wachsen, mit raschen Schritt schreiten sie in eine Bahn, deren Ende das Auge noch nicht zu erkennen vermag ... In der Verfolgung seines Ziels stützt sich das eine auf das persönliche Interesse und läßt die Kraft und Vernunft des Einzelnen wirken, ohne sie zu dirigieren. Das andere zieht gewissermaßen alle Macht der Gesellschaft auf ein Zentrum zusammen ... Ihr Ausgangspunkt ist verschieden, ihre Wege sind es auch. Dennoch scheint nach einem geheimen Plan der göttlichen Bestimmung jedes von ihnen berufen, eines Tages die Geschicke einer Hälfte der Welt in den Händen zu haben."

Das Großartige an seiner Zukunftsvision ist, daß er die neuen Weltmächte nicht nur nach ihrer Größe, sondern auch nach ihrer typischen Gegensätzlichkeit erkannte, die historisch ja erst das Ergebnis der beiden Weltkriege unseres 20. Jahrhunderts ist.

Diether Vogel

[2]) Prof. H. C. Nipperdey, „Die Grundrechte", Duncker und Humblot, Berlin.

Brief aus USA

New York, den 18. März 1959

Lieber Herr ....

Haben Sie besten Dank für die schnelle Übersendung von Heft 8 der FDF. Für mein Empfinden ist es das beste Heft, das Sie bisher herausgebracht haben und insbesondere möchte ich zu den ersten zwei Artikeln gratulieren. Diese Artikel behandeln das Thema erschöpfend und eigentlich mit unüberbietbarer Klarheit und zwingender Logik.

Besonders interessant für mich war, festzustellen, daß die Schwierigkeiten bei Ihnen dadurch erzeugt werden, daß der öffentlich-rechtliche Status der unabhängigen Schulen durch gesetzliche Eingriffe unterminiert wird, während bei uns die gesetzlichen Eingriffe rein wirtschaftliche Benachteiligungen zum Ziel haben. D. h. also, bei Ihnen zielen die Gegner direkt auf die öffentliche Berechtigung, bei uns dagegen wird typischerweise indirekt durch wirtschaftliche Maßnahmen das Wachsen der unabhängigen Schulen verhindert. Umgekehrt bekommen Sie tatsächlich wirtschaftlich sogar noch Hilfen, während dafür bei uns auch nicht ein Dollar von der öffentlichen Hand kommt. Allerdings muß ich hier hinzufügen, daß seit einigen Jahren unabhängige Schulen hier es erreicht haben, daß die Kinder innerhalb eines bestimmten Radius mit öffentlichen Omnibussen gratis transportiert werden, ebenso wie das für öffentliche Schulen der Fall ist.

Die oben beschriebenen Unterschiede waren mir nicht klar, bis ich Ihr Heft Nr. 8 las. Ich finde, daß man eine Menge Einsichten auch generell für den Unterschied zwischen der Mitte und dem Westen des Abendlandes aus der geschilderten Lage gewinnen kann. Bei uns besteht natürlich keinerlei Endexamensvorschrift. Die Universitäten, deren beste fast alle private Institutionen sind, können machen, was sie wollen, wenn sie Studenten aufnehmen. Sie setzen ihren eigenen Aufnahmeexamensstandard fest und insofern haben es also die unabhängigen Schulen wesentlich besser als bei Ihnen. Nochmals recht vielen Dank für Ihre wertvollen Fingerzeige.

Ihr

gez. Unterschrift

Buchbesprechungen

Übersicht über die in „Fragen der Freiheit" bis jetzt behandelten Themen:

Folge 1: Die Krisis des Erziehungswesens
(vergriffen) Freiheit der Kultur — eine dringende Forderung der Gegenwart
„Gedanken zur freien Erwachsenenbildung"

Folge 2: Schule und Staat
(vergriffen) Die Schule als Politikum
„Die Stellung der Bildung in der neuen Sozialstruktur"

Folge 3: Ungehinderter Zugang für alle zu den Bildungsgütern
Bewußtseinsstufen des Menschen

Folge 4: An der Schwelle des Atomzeitalters
Erlaubt die demokratische Staatsform die Lösung sozialer Fragen?
Über die Systemgerechtigkeit zwischen Kultur, Staat und Wirtschaft in der Demokratie
„Forderungen an unser Bildungssystem"
An die sich verantwortlich Fühlenden

Folge 5: Staatliche oder freie Erziehung
Denkmethode und Sozialpolitik

Folge 6: „Die Würde des Menschen ist unantastbar ..."
Über Notwendigkeit und Möglichkeit einer freien Erziehung
Erste Arbeitstagung eines Sozialpolitischen Seminars

Folge 7: Freiheit — Illusion oder Wirklichkeit?
Die funktionalen Zusammenhänge in der sozialen Gesamtordnung
Die neue Weltmacht

Folge 8: Grundgesetz und Schulrecht
Apercus zur Entstehungsgeschichte des Art. 7 des Grundgesetzes
Möglichkeiten einer evolutionären Umgestaltung unserer Sozialordnung
Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit
Bericht über das zweite Sozialpolitische Jugendseminar
„Freiheit, Bindung und Organisation im deutschen Bildungswesen"
Brief aus USA

Helmut Leutelt, „Menschen in Menschenhand", Bericht aus Sibirien, Paul List-Verlag, München 1958.

Nach zehn Jahren Zwangsarbeit in Sibirien kehrte Helmut Leutelt im Oktober 1955 nach Deutschland zurück. Er hatte das Schicksal von Millionen deutscher Männer und Frauen nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches erduldet. Viele von ihnen haben ihre leidvollen Erlebnisse berichtet, aber wenigen war es gegeben, mehr wahrzunehmen, als die äußere Haut der russischen und bolschewistischen Wirklichkeit.

Der Schicksalsbericht Helmut Leutelts unterscheidet sich von den meisten von ihnen insofern, als er zugleich das gemüthafte Wesen des russischen Menschen und das dämonische Prinzip des Kollektivismus im bolschewistischen Machtapparat zum deutlichen Erlebnis werden läßt. In den zahllosen Gefängnissen und Zwangsarbeitslagern, die er passieren mußte, lebte er zwischen verurteilten ehemaligen kommunistischen Funktionären, Ministern, Generälen, Industrieführern, Trotzkisten, Leninisten und abgesetzten Stalinisten, bei denen sein waches Bewußtsein tiefe Einblicke in die Psychologie und in die Mechanik des bolschewistischen Apparates tun konnte. Dieser „Bericht aus Sibirien" vermag uns die russisch-bolschewistische Welt so konkret wie möglich zur Vorstellung zu bringen, was für alle notwendig ist, die sich um die Rettung und Weiterentwicklung unserer freiheitlichen Ordnung bemühen.

Weil der Bericht Helmut Leutelts diese Wirkung auf den Leser hat, darf er das Bewußtsein haben, an der in der Entwicklung begriffenen freiheitlichen Ordnung mitzubauen und die zehn Jahre, die er in bolschewistischer Gefangenschaft verbringen mußte, nicht umsonst geopfert zu haben. Thx

---

Alfons Rosenberg, „Durchbruch zur Zukunft", Otto-Wilhelm-Barth-Verlag, München-Planegg 1958.

Mit der Mitte unseres Jahrhunderts ist die Menschheit in ein neues Zeitalter eingetreten. Auch wer von der modernen Atomphysik überhaupt nichts wüßte, müßte an mannigfaltigen Symptomen erkennen, daß sich heute alle Werte in der Umwertung befinden: Das menschliche Bewußtsein, die Erlebnisweise, die Lebensformen und tausenderlei damit korrespondierende Faktoren ändern sich in revolutionärem Tempo.

Daß dieser Umwandlungsprozeß nicht von ungefähr kommt, sondern durch eine tief in der Entwicklung der Menschheit begründeten Gesetzmäßigkeit bedingt ist, war schon lange das geheime Wissen kleiner Kreise, dringt aber immer mehr auch in das Bewußtsein der historischen Wissenschaft ein, wie

die verschiedenen Kulturkreishypothesen zeigen. Von dieser Gesetzmäßigkeit handelt das sehr aktuelle Buch Alfons Rosenbergs.

Diese Gesetzmäßigkeit hat schon die Alten beschäftigt und die Lehre von den Weltaltern entstehen lassen, von aufeinanderfolgenden Geschichtsepochen, gleichsam als Projektionen gesetzmäßig sich ablösender Bewußtseinsphasen in den Bereich der sinnlichen Wirklichkeit hinein. So lassen sich deutlich die vorderasiatische, die mittelländische, die atlantische Geschichtsperiode voneinander unterscheiden.

Es ist unmöglich, in einer kurzen Rezension die übergroße Fülle der Aspekte zu charakterisieren, die das Buch bietet. Vom Gesichtspunkt des Lesers aus möchte man fast sagen: Weniger wäre mehr!

Bei der Schilderung des gegenwärtigen Zeitalters vermißt man bei Rosenberg, daß er die generelle Andersartigkeit dieser Periode, gegenüber den früheren, nicht genügend charakterisiert; es ist angesichts der Atomphysik den Menschen nicht mehr erlaubt, sich in gleicher Weise gegenüber Gut und Böse indifferent zu verhalten, wie in früheren Zeitaltern. Das über unsern Häuptern schwebende Damoklesschwert der Atombombe gestattet nicht mehr das politische va-banque-Spiel von vor 1945, soll nicht ein furchtbarer Bruch die künftige Menschheitsgeschichte in Frage stellen. Diesen Gesichtspunkt möchten wir den Verfasser bitten, bei einer Neuauflage seines bedeutsamen Buches zu berücksichtigen. Thx

Hinweise und Mitteilungen

Sozialpolitisches Jugendseminar

Wie in der Folge 8 „Fragen der Freiheit" angekündigt, findet das nächste Seminar als 10-tägige Freizeit und zwar vom 1. bis 10. August in Räumen der Freien Schule, Heidenheim/Brenz, unter seinem neuen Namen: Seminar für freiheitliche Ordnung, statt.

Anmeldungen erbeten an Heinz Eckhoff, Heidenheim/Brenz, Radkeller 25. Ein Mitglied aus dem Initiativkreis, der vorwiegend aus ehemaligen Waldorfschülern, Studenten, besteht, schickte uns folgende Einladung:

Seit der großen französischen Revolution ist die Forderung nach einer jedem einzelnen Menschen gerecht werdenden sozialen Ordnung von allen Völkern gestellt worden und, weil sie bis heute noch nirgends restlos erfüllt ist, nicht mehr verstummt.

Der kalte Krieg zwischen Ost und West hat die Form der Gesellschaftsordnung zum Gegenstand. Der Kommunismus hat die Weltrevolution bekannt-

lich zum Ziel. Er wird solange aggressiv bleiben, wie er Aussicht auf weitere Expansion hat. Diese Aussicht ist erst dahin, wenn es nicht mehr gelingt, einen Menschen von der Überlegenheit des kommunistischen Systems zu überzeugen, in welchem der Einzelne Sklave einer abstrakten „Gesellschaft" ist. — Die beträchtlichen Mängel in unserer augenblicklichen Gesellschaftsordnung soweit auf evolutionärem Wege zu beseitigen, daß die Überlegenheit der dann wirklich freiheitlichen Ordnung — die den Einzelnen zu seinem eigenen Herren macht und die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen nicht mehr kennt — jedem sichtbar wird, ist die beste Verteidigung gegen den Kommunismus und zugleich die Erfüllung der in allen Menschen und Völkern lebendigen Forderung nach sozialer Gerechtigkeit.

Zu Überlegungen dieser Art führten die von einer Gruppe junger Menschen bereits zweimal, zusammen mit erfahrenen Sachkennern, veranstalteten mehrtägigen Seminare mit je 40—50 Teilnehmern, auf denen sie sich in unorthodoxer Weise mit sozialen Grundproblemen intensiv beschäftigten. Zu hoch gegriffen? — Skeptisch?

Der Erfolg und die Fruchtbarkeit dieser Arbeit haben uns dazu bestimmt, das nächste Seminar noch breiter anzulegen und noch mehr Einladungen zu versenden.

Wir haben uns auf den vorangegangenen Seminaren bereits mit einigem Erfolg um einen Arbeitsstil bemüht, der allen Teilnehmern eine produktive Mitarbeit ermöglicht. Wir wollen diesen Stil auch in Zukunft pflegen und vervollkommnen, da er sich als besonders fruchtbar erwiesen hat. Er besteht im wesentlichen darin, daß — meist nach einem einleitenden Kurzreferat, in welchem der Themenkreis abgesteckt und die Probleme aufgezeigt werden — der Referent die straffe Leitung eines seminaristischen Gespräches aller Teilnehmer miteinander oder gegeneinander übernimmt.

Berichte über die beiden vorangegangenen Seminare (August 1958, Januar 1959, in der Waldorfschule am Kräherwald in Stuttgart) und Aufsätze, die das Arbeitsergebnis einzelner dort behandelter Themenkreise zusammenfassen, sind in der Schriftenreihe *„Fragen der Freiheit"*, Heft 6—8, erschienen. Auch vom kommenden Seminar werden Berichte und Arbeitsergebnisse in dieser Schriftenreihe, die in unregelmäßiger Folge erscheint, abgedruckt werden. Ihre Leser werden von den Veranstaltungen des *„Seminars für Freiheitliche Ordnung"* stets rechtzeitig informiert.

Bezug durch H. Klingert, Bad-Kreuznach, Mannheimer Str. 60 — Postscheck: Ludwigshafen/Rh. Nr. 53073 — Druckkostenbeitrag je Heft 2,— DM (Heft 1 und 2 vergriffen, Heft 3—5 zu je 1,50 DM noch lieferbar).

Beilage

Dieser Folge 9 von „Fragen der Freiheit" liegt die Einladung zu dem vom 1. bis 10. August 1959 in Heidenheim/Brenz stattfindenden Freizeit des Seminars für freiheitliche Ordnung bei, deren Besuch den verehrten Lesern bestens empfohlen sei. Da die jungen Studenten diese Arbeit aus ihren schmalen Mitteln selbst finanzieren müssen, ist auch geldliche Unterstützung herzlich willkommen. Spenden werden erbeten unter dem Stichwort „Seminar" auf Postscheckkonto Ludwigshafen/Rh. Nr. 53073 (H. Klingert, Bad Kreuznach, Mannheimer Str. 60).

Druckkostenbeitrag

Eine Reihe von Lesern von „Fragen der Freiheit" wünschen der Einfachheit halber den Druckkostenbeitrag jeweils für einige Hefte im voraus zu überweisen. Es ist dies selbstverständlich nach eigenem Ermessen möglich.

Bücher und Zeitschriften

Aus Gründen der Raumgewinnung für den Textteil, soll in Zukunft das Verzeichnis des den „Fragen der Freiheit" verwandten Schrifttums nur noch in jeder vierten oder fünften Folge abgedruckt, dagegen soll auf neuhinzukommende Schriften laufend hingewiesen werden. Zur Orientierung über das Schrifttum ziehe man deshalb bitte auch immer die Folge 7 zu Rate, die noch das ganze Verzeichnis enthält.

Schulpolitik

Die Leser, die an der schulrechtlichen Arbeit des Freundeskreises um „Fragen der Feiheit" interessiert sind und mitarbeiten wollen, werden gebeten, sich an Dr. Heinz-Hartmut Vogel, Heidenheim/Brenz, Brucknerstr. 1, zu wenden.

Privater Manuskriptdruck, herausgegeben von Dr. Lothar Vogel, Wuppertal-Barmen, Bergfrieden 18. — Bezug durch H. Klingert, Bad-Kreuznach, Mannheimer Str. 60. — Postscheck: Ludwigshafen/Rh. Nr. 53073. — Druckkostenbeitrag 2,— DM.
Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung des Herausgebers.
Druck: Voerckel & Co., Wuppertal.